№. 893. Montag, den 29. April. 1861.

Für ganz Großbritannien und Irland nimmt Bestellungen entgegen die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 3 Brook Street Grosvenor Square, London, W. und 32 Princess Street, Manchester.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage um 5 Uhr Nachmittags.
Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Kgl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr.
Insertionsgebühr 1 Sgr. pro Petitzeile oder deren Raum.
Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, Kurstraße Nr. 50, in Leipzig: Heinrich Hübner; in Altona: Haasenstein u. Vogler; in Hamburg: J. Türkheim.

Danziger  Zeitung.

Organ für West- und Ostpreußen.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 8 Uhr 52 Min. Vormittags.

Aus Washington, 15. April, ist die Nachricht eingetroffen, daß nach einer Proclamation Lincolns 75,000 Mann Miliz einberufen werden, um die verlorene Festung Sumter und das Bundeseigenthum wieder zu erobern. Der Congreß ist ebenfalls einberufen.

(W. T. B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Turin, 28. April. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Neapel vom gestrigen Tage war daselbst Tags zuvor eine Bewegung ausgebrochen, aber unterdrückt worden und hatten viele Verhaftungen stattgefunden. Berichte aus den Provinzen melden, daß Insurgentenschaaren, in der Meinung, die Verschwörung sei geglückt, auf Neapel marschiren. 500 Insurgenten sind aus dem Römischen in die Provinz Aquila eingerückt und 4 Schiffe mit bourbonischen Soldaten sind am 25. von Civita Vecchia nach Neapel abgegangen. Neapel ist jetzt ruhig.

Paris, 28. April. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Serajevo vom gestrigen Tage, haben 80 Pferde und Lebensmittel in Nikfik Eingang gefunden. Der Fürst von Montenegro hatte den Durchzug der Convois durch Montenegro gestattet.

Turin, 26. April. Die Deputirtenkammer hat die Verlängerung des Dienstes der mobilen Nationalgarde auf drei Monate votirt. Nach der „Opinione" haben der Fürst Couza und der Bey von Tunis das Königreich Italien anerkannt.

Petersburg, 27. April, Morgens. Das heutige „Journal de St. Petersbourg" erklärt sich ermächtigt, die von auswärtigen Journalen gebrachte Nachricht von in Kiew stattgehabten Ruhestörungen kategorisch zu dementiren. Die Ordnung sei daselbst nirgend gestört worden und hätten sich diejenigen, welche der Leichenfeier beigewohnt, friedlich getrennt.

Petersburg, 27. April, Nachts. Der Beurlaubte ist der Bruder des Statthalters von Polen, General der Infanterie und Mitglied des Reichsraths Peter Dmitriewitsch Gortschakoff II. Gleichzeitig sind 57 andere Generale mit Pension verabschiedet worden.

Frankfurt a. M., 27. April, Nachm. In der heutigen Bundestagssitzung erklärte der dänische Bundestagsgesandte, das Patent von 1859 sei den Ständen wenn auch nicht zur Aufhebung, doch zur Zustimmung vorgelegt worden. Die Regierung habe das Bedenken der Stände, weil dasselbe ihre Competenz überschreite, zurückgewiesen.

In Betreff der Bundeskriegsverfassung ist Beibehaltung der Reserve-Division und Ersatz-Truppenerhöhung auf ⅓ pCt. beschlossen worden.

London, 26. April, Nachts. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erwiederte Palmerston auf eine desfallsige Interpellation Cecils, obgleich das Benehmen der preußischen Beamten zu Köln gegen den Capitän Macdonald die Schranken des Gesetzes inne hielt, so war es doch dazu angethan, die freundschaftlichen Beziehungen zu Preußen zu stören. Er begreife die Haltung des preußischen Ministeriums nicht; die englische Regierung würde in einem ähnlichen Falle sich sofort entschuldigt haben.

Paris, 26. April. (H. N.) Die Ausgabe türkischen Papiergeldes ist auf anderthalb Milliarden Piaster limitirt.

In Syrien hat die Auswanderung begonnen.

Dem Vernehmen nach wird Fürst Gortschakow von der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Rußlands zurücktreten und durch Kisselew ersetzt werden. (?)

Deutschland.

* Berlin, 28. April. Die ministerielle „Preuß. Z." enthält ein Mitgetheilt in Bezug auf den Beschluß der Stadtverordneten in Angelegenheiten Zedlitz und Patzke. Nach diesem Mitgetheilt ist natürlich alles in Ordnung. Es heißt darin u. A. wie folgt:

„Zunächst wird bei dem Berichte des Herrn Prof. Dr. Gneist, dem die Stadtverordneten-Versammlung beigetreten ist, nicht außer Acht zu lassen sein, daß er zwar eine Menge gravirender Behauptungen enthält, daß es denselben aber jedenfalls an dem Beweise noch fehlt. Vielleicht wäre es der Sache förderlicher gewesen, wenn die Untersuchungs-Commission der städtischen Behörden, statt ihr Urtheil auf die Aussagen mehrerer entlassener Schutzmänner zu bauen, von dem Anerbieten des Polizei-Präsidenten Gebrauch gemacht hätte, Einsicht von den Akten und Materialien-Beständen des Polizei-Präsidiums zu nehmen und aus diesem ihre Information zu schöpfen. . . . Wie dem aber auch sei, die oberste Staatsbehörde und die betreffenden Beamten des Polizei-Präsidiums haben gewiß nicht minderes Interesse daran, als die Vertreter der Commune, daß die volle Wahrheit ermittelt und dazu auch die Hilfe der Staatsanwaltschaft in Anspruch genommen werde, wenn es derselben dazu bedarf. Soviel uns bisher über den Gang und das Resultat der eingeleiteten Untersuchung bekannt geworden, dürfte aber kaum eine besondere Ueberweisung des in dem Gneist'schen Bericht enthaltenen Materials an den Staatswalt noch erforderlich sein. . .

„Endlich mag auch noch erwähnt werden, daß die Beschuldigungen, die das bekannte Plaidoyer des Ober-Staatsanwalts Schwarck gegen den Polizeipräsidenten v. Zedlitz enthielt, nach den Acten auf das sorgfältigste geprüft sind. Das Resultat ist in einer Denkschrift zusammengefaßt, die nicht nur Sr. Majestät dem Könige und den sämmtlichen Ministern vorgelegt ist, sondern sich auch in den Händen des Staatsanwalts beim Stadtgericht befindet, dem sie zu seiner Information mitgetheilt worden ist. Das schließliche Urtheil der Denkschrift geht dahin, daß dem Polizei-Präsidenten in Bezug auf die von Schwarck vorgebrachten Thatsachen ein schuldbares Vergehen nicht zur Last fällt.

„Hiernach möchten wir annehmen, daß es kaum einer neuen Anregung von Seiten der Vertreter der Commune Berlin bedurft hätte, um die obersten Staatsbehörden zu veranlassen, dasjenige nicht zu verabsäumen, was vom Disciplinarstandpunkte aus ihre Pflicht gegenüber den betreffenden Beamten erheischt. Eben so scheint es uns, daß der Commune Berlin auch in Bezug auf die Wahrung ihres financiellen Interesses die geeigneten Wege offen stehen, daß es aber ein nicht wohl zu begründendes Verlangen ist, daß die Staatsanwaltschaft dazu benutzt werde, um der Commune die Beweislast für ihre Ansprüche abzunehmen oder zu erleichtern. Dieselbe kann Rechnungslegung vom Staate verlangen, und es wird ihr außerdem die Einsicht der Acten zu ihrer Information nicht versagt werden; sie mag daher versuchen, wenn sie sich für übervortheilt erachtet, im Wege des Civil-Prozesses ihre Ansprüche zur Geltung zu bringen; und wir wüßten nicht, wer die Vertreter der Stadt Berlin hindern könnte, wenn sie wirklich unrechtmäßige Beschädigungen ihres Vermögens durch die Verwaltung des Polizei-Präsidiums nachweisen können, diese Ansprüche vor dem Richter geltend zu machen. Freilich über die Nützlichkeit und Nothwendigkeit einer Ausgabe ist gemäß dem Richterspruch des obersten Gerichtshofes die richterliche Cognition ausgeschlossen, nicht aber über die etatsmäßige Vereinnahmung und Verausgabung der geforderten Summen."

— Wie bereits von einigen Zeitungen mitgetheilt ist, hat sich in Cöpenick vorgestern das beklagenswerthe Unglück zugetragen, daß eine Dame, welche sich am Nachmittage erst in Begleitung ihrer beiden Töchter von 20 und 16 Jahren von Berlin dorthin begeben hatte und einige Zeit im Schloßpark spazieren gegangen war, sich daselbst gemeinschaftlich mit ihren Töchtern, nachdem sie sich durch Stricke fest aneinander gebunden, in die vorüberfließende Spree gestürzt und alle drei im Wasser ihren Tod gefunden haben.

— Der offiziöse Correspondent der „K. Z." schreibt: Die „Independance" läßt sich mit anscheinender Bestimmtheit berichten, das Cabinet der Tuilerien sei entschlossen, am 5. Juni, als dem Ablauf der der französischen Occupation Syriens gestellten Frist, seine Truppen aus jenem Lande zurückzuziehen, und es würden zu diesem Zwecke bereits in Toulon die erforderlichen Vorkehrungen getroffen. Ehe diese Nachricht durch die Thatsachen sich bewährt hat, dürfte es schwer werden, die mißtrauisch gewordene öffentliche Meinung Europas von der Befürchtung zurück zu bringen, daß nicht etwa neue Unruhen in Syrien dem ostensiblen Zwecke der Ausrüstungen in Toulon eine ganz entgegengesetzte Bestimmung verleihen oder etwa selbst nach der Räumung Syriens die alsbaldige Rückkehr der französischen Truppen motiviren dürften. Im Interesse des Weltfriedens ist es sehr zu wünschen, daß diese Befürchtungen sich als grundlos erweisen.

— Gester wurde ein Theil der zur Versendung durch die Post bestimmten Exemplare der „Volkszeitung" wegen eines Leitartikels mit der Aufschrift: „Zur Polizeiwirthschaft" auf Requisition der Staatsanwaltschaft beim hiesigen Stadtgericht in Beschlag genommen, indem in jenem Artikel eine Beleidigung der genannten Behörde in Bezug auf ihren Beruf gefunden worden ist.

— Die „N. Prß. Ztg." schreibt: Wie es heißt, hat der Kaiser Alexander von Rußland einen Brief an den Papst gerichtet. Bestätigt sich dies, dann darf man wohl annehmen, daß in demselben von der polnischen Bewegung die Rede ist. Der Einfluß des Papstes auf die vorzugsweise auch durch den Clerus irre geleiteten Polen könnte ein sehr wirksamer sein und der römische Stuhl nur dabei gewinnen, wenn er sich Rußland zu Dank verpflichtete.

— In der Sitzung des Herrenhauses vom 23. d. M. hatte sich, wie wir gemeldet haben, bei der namentlichen Abstimmung über das von Herrn v. Waldow-Steinhövel zur Publications-Formel des Gesetzentwurfs gestellte Amendement, der Oberburggraf von Brünneck seiner Stimme enthalten. Auf seinen Antrag ist jetzt die nachstehende Erklärung in den stenographischen Bericht über die bezeichnete Sitzung des Herrenhauses aufgenommen worden:

„Wenn ich bei der gestrigen letzten namentlichen Abstimmung zum ersten Mal in dem Fall war, mich meiner Stimme zu enthalten, so wurde ich dazu veranlaßt, weil mir die vorgelegte Frage ganz unverständlich blieb. Denn alle mir zugekommenen Drucksachen ließen mir auch nicht den geringsten Zweifel darüber, daß unter dem Ausdruck der Monarchie keine andere gemeint sein könne, als die Unseres

Statistisches über die nordamerikanische Union.

Der „Westminster Review" entnehmen wir folgende statistische Notizen über die nordamerikanische Union, die vielleicht geeignet sind, einiges Licht auf die gegenwärtige Krise und namentlich auch auf die Frage zu werfen, in wie weit die Sklavereistaaten befähigt sind, eine selbstständige Existenz zu führen.

Im Jahre 1790 betrug die Gesammtbevölkerung der 13 ursprünglichen Staaten 3,639,005 Seelen, von denen 1,825,506 dem Süden, 1,786,499 dem Norden angehörten. Damals übertraf also die Bevölkerung der Sklavereistaaten die der freien Staaten um 66,007 S. oder um $3_{,69}$ Proz. Die freien Staaten umfaßten ein Gesammtgebiet von 124,380 engl. Quadratmeilen, die Sklavereistaaten dagegen 212,685 Quadratmeilen, sie waren um 88,305 Q.-M. größer.

Im J. 1850 zählten dieselben 7 freien Staaten 7,729,562 S., die 6 Sklavereistaaten dagegen nur 4,539,958 S. Die freien Staaten hatten um 332 Proz. die Sklavereistaaten nur um 145 Proz. zugenommen; letztere hatten im Verhältniß zu ersteren 3,255,611 S. verloren!

Seit der Bildung der Union haben sich ihr 18 neue Staaten, 9 dem Süden und 9 dem Norden angeschlossen. Letztere 9 haben eine Gesammtausdehnung von 488,217 Q.-M.; die 9 neuen Sklavereistaaten messen dagegen 638,763 Q.-M. Trotz des bedeutend größeren Territoriums der gesammten Sklavereistaaten zählten diese 1850 doch nur 9,612,976 S. gegen 13,434,922 in den freien Staaten. In diesen lebten durchschnittlich $21_{,91}$, in jenen nur $11_{,29}$ auf der Quadratmeile.

Diese Differenz ist dadurch entstanden, daß die Einwanderung sich überwiegend den freien Staaten zuwendet: die meisten Einwanderer gehören der selbst arbeitenden Klasse an und erfahrungsmäßig kann freie Arbeit und Sklavenarbeit in demselben Gemeindeverbande nicht neben einander bestehen. Dies ist auch der Grund, weshalb viele Südländer in den freien Norden übersiedeln: ihre Zahl betrug 1850 609,223 gegen 205,924 Nordländer, die ihren Wohnsitz in die Sklavereistaaten verlegt hatten. Die Unverträglichkeit von freier Arbeit neben Sklavenarbeit ist Folge der durchweg in den Sklavereistaaten herrschenden Anschauung, welche Arbeit so mißachtet, daß sie in der Idee stets mit Sklaverei zusammenfällt. Wenn irgend eine Arbeit einmal durch Sklaven verrichtet ist, so ist sie entehrt, und kein Weißer kann sie verrichten, ohne mit dem Sklaven auf eine Stufe gestellt zu werden. Daher wird auch ein Mann, und sei er der tüchtigste, intelligenteste, bravste, für einen „Niemand" gerechnet, so lange er nicht wenigstens ein Paar Sklaven besitzt. Nur dieses „Eigenthum" giebt ihm eine sociale Stellung, sondert ihn von dem „weißen Auswurf"; um zu diesem „Eigenthum" zu gelangen, legt er sich jede Art von Entbehrung auf.

Daher kommt es, daß die Weißen eigene Thätigkeit fast durchweg und grundsätzlich vermeiden. Unter 300,000 Weißen in Süd-Carolina waren nur 50,000, deren Selbstthätigkeit ihnen einen anständigen Lebensunterhalt erwarb; alles Capital, alle geistige Thätigkeit und jede Unternehmung wird von der Sklaverei absorbirt, und ein großer Theil der weißen Bevölkerung ist vollständig vernachläßigt und schleppt sein Dasein in einem Zustande hin, der sich kaum von dem des wilden Indianers unterscheidet. Wie dieser ist er herabgewürdigt, halbgekleidet, halbgenährt, unwissend und ohne Erziehung und ohne jeden sittlichen Halt.

Die Behauptung, als sei das Klima der südlichen Staaten den Weißen feindlich und bedinge daher die Arbeit durch Sklaven, findet in der Statistik keine Stütze. Thatsächlich stirbt in den nördlichen Staaten ein größerer Procentsatz als in den südlichen. So starb 1850 in den 7 ursprünglichen freien Staaten 1 von $68_{,78}$ Lebenden, in den 6 ursprünglichen Sklavereistaaten nur 1 von $78_{,62}$. In Charleston, Süd-Carolina, war nach Dr. Notts Beobachtung während sechs Jahren die durchschnittliche Sterblichkeit 1 zu 51, und zwar bei den Weißen nur 1 zu 58, bei den Negern dagegen 1 zu 44!

Ebenso ist die Meinung irrig, als ob der Weiße im Süden schwerer Arbeit im Freien nicht gewachsen sei. Denn es wird nicht allein z. B. in Texas thatsächlich mit die beste Baumwolle von Weißen und zwar von Deutschen gebaut, sondern im ganzen Süden wird auch die schwere Arbeit bei Haus- und Eisenbahnbauten, bei Straßenpflasterungen u. s. w. fast durchweg von Weißen geleistet, ohne daß sich ein nachtheiliger Einfluß auf ihre Gesundheit zeigt. Die Baumwollencultur, für welche etwa ein Drittel der ganzen Sklavenbevölkerung (1850 3,204,313) verwendet wird, wird kaum von Einem Pflanzer als zu schwer für Weiße betrachtet. Anders glaubt man, daß es sich vielleicht mit Reis- und Zuckercultur verhalte. Allein in beiden Producten sind die Sklavereistaaten in der letzten Zeit bedeutend zurückgegangen. Der Werth des exportirten Reises betrug 1854 2,634 127 Doll., 1858 nur 1,870 578 Doll.; des Zuckers 1854 670,744 Doll., 1858 nur 575,786 Doll. *)

Bildung und Sklaverei stehen sich feindlich gegenüber. Die Sklavenhalter sorgen deshalb dafür, daß ihre weißen Mitbürger nicht zu viel Kenntnisse erwerben. Unter den 6 408 663 weißen Bewohnern der südlichen Staaten befinden sich nur 347 525 wirkliche Sklavenhalter, und diese erhalten ihr absolutes Uebergewicht über die mehr als 6 Mill. anderen Weißen nur dadurch, daß sie sie im Zustande vollständiger Unkenntniß, besonders in Unkenntniß aller politischen Bewegungen erhalten. Was sie über letztere erfahren, kommt aus dem Munde der Sklavenhalter oder aus der denselben dienstbaren Presse der Südstaaten. Denn Zeitungen aus den nördlichen Staaten werden nur ins Land gelassen, wenn sie

*) Hieraus einen Schluß ziehen zu wollen, wie der „Reviewer" ihn andeutet, scheint nicht stattbaft, da derartige Schwankungen zufällige sein können, und bei allen Exportartikeln vorkommen.

Monarchen. Daher mußte mir die beantragte namentliche Abstimmung als völlig unmotivirt erscheinen. Berlin, 24. April 1861.

von Brünneck."

* Die heutige „National-Zeitung" ist polizeilich mit Beschlag belegt worden.

* Unter den 1160 Petitionen, welche dem Hause der Abgeordneten zugegangen sind, befinden sich folgende: eine solche des Dr. jurium Siegfried Weiß, der sich über polizeiliche Ausweisungen, sowohl im In- als Auslande beklagt und einen Schadenersatz von 20,000 Thlrn. verlangt für die Verfolgungen, welche er während 14 Jahren zu ertragen gehabt hat. — Der Kaufmann Teuscher in Halle will die Wiederherstellung der im Jahre 1851 beseitigten verfassungsmäßigen Zustände im Herzogthum Anhalt. — Der Gerichtsscholz Klingberg auf Hartmannsdorf schlägt vor, den Zigeunern keine Pässe oder Gewerbscheine mehr zu ertheilen, um sie zu zwingen, dem Ganzen nützliche Erwerbszweige zu ergreifen. — Der Hauptmann a. D. C. Harkort in Lissabon bittet um bessere Vertretung Preußens im Auslande, in specie in Portugal und um Errichtung eines Seeverkehrs zwischen Preußen und Portugal nebst dessen Kolonien. — Wohl 700 Petitionen sind bereits erledigt, diejenige der Berliner Künstler wegen Errichtung einer Nationalgalerie lebender deutscher Künstler wird nächstens im Plenum zur Sprache kommen; die Commission soll die Ueberweisung der Petition an die Regierung zur Berücksichtigung vorgeschlagen haben.

Wien, 26. April. Großes Aufsehen hat hier die Erklärung der „Donau-Zeitung" gemacht, daß die Entscheidung bezüglich des künftigen Verhältnisses der deutsch-slawischen Erbstaaten zu Ungarn nahe bevorstehe, daß die Discussion der Grundsätze zu Ende sei und daß von nun an Handlungen sprechen werden. Wenn dies eine Drohung sein soll: welcher Zweck soll damit erreicht werden? Die Ungarn werden sich dadurch sicher nicht beirren lassen, sondern im Gegentheil nach wie vor ihre „Rechte" vertheidigen. Soll aber diese Erklärung wirklich darauf vorbereiten, daß man in Wien entschlossen sei, mit Waffengewalt die Ungarn zur Anerkennung der Februar-Verfassung zu zwingen, so wird man nur zu bald die Ueberzeugung erlangen, daß es hierzu zu spät ist. Der Sturm würde sich nur um so verheerender erheben, und nicht um die Existenz Ungarns, sondern um die Existenz Oesterreichs, um das Sein oder Nichtsein des Kaiserstaates würde es sich handeln.

Rußland und Polen.

Warschau, 26. April. Der Geburtstag Sr. Maj. des Kaisers fällt in diesem Jahre auf den Montag der russischen Charwoche. Durch einen Ukas der dirigirenden Synode ist die Feier dieses Festes auf den zweiten Osterfeiertag, d. i. den 27. April (6. Mai) verlegt worden. Unter diesen Umständen wird die Negativ-Demonstration, von der wir Ihnen Mittheilung machten, wohl ebenfalls von dem 29. April auf den 6. Mai verlegt werden.

(Fortsetzung der Politik in der Beilage.)

Die Antwort auf die Broschüre des Herzogs von Aumale.

Die Antwort des Prinzen Napoleon auf die gegen ihn gerichtete Broschüre des Herzogs von Aumale ist erschienen. Sie trägt keine Unterschrift, ist aber unzweifelhaft unter directer Anleitung des Prinzen Napoleon geschrieben.

Die wesentlichsten Stellen der Broschüre, welche uns in einer Uebersetzung des „Publ." vorliegt, lauten wie folgt:

Eine Broschüre „Brief über die Geschichte Frankreichs" trägt die Unterschrift von Heinrich von Orleans, also des Herzogs von Aumale. Wir wollen durchaus nicht bezweifeln, daß sie von ihm herrühre; doch mußte der Prinz als guter Constitutioneller, in Bezug auf Form und Inhalt mit einem Ministerconseil in partibus in Berathung getreten sein. In Bezug auf jeden Andern wäre ein solcher Verdacht eine Beleidigung; doch diejenigen, welche die Formel annehmen: der König regiert und herrscht nicht, müssen es ganz natürlich finden, daß die Prinzen unterzeichnen, aber nicht schreiben.

Die Broschüre wurde 24 Stunden nach ihrem Erscheinen confiscirt; weniger ohne Zweifel, um sie dem Publikum vorzuenthalten, als um dem Gesetze Achtung zu verschaffen. Dieses Gesetz, welches jede Aufreizung zu Haß und Verachtung gegen die Regierung durch die Presse bestraft, rührt nicht, man weiß es, von der Regierung des Kaisers her; es datirt von 1819 und die Regierung vom 17. August 1830 hat es recht oft angewendet. . . .

Die Regierung des Kaisers würde sich sicher weniger bemüht haben, der Circulation politischer Studien, religiösen oder sozialen, selbst ungerechten Inhalts, von einem gestürzten Prinzen herrührend, ein Hinderniß in den Weg zu legen. Doch man mußte die in Rede stehende Broschüre weniger als die Arbeit eines Denkers und Staatsmannes ansehen, als vielmehr für ein Parteimanifest. . . .

In einer Zeit, wo Frankreich so sehr der Eintracht bedarf, um die hohe Mission zu erfüllen, welche ihm die Vorsehung vorgeschrieben, ist es traurig, Menschen zu sehen, die um ihre Privatstreitigkeiten sich mehr kümmern, als um die großen Interessen des Vaterlandes. Es ist wahr, wir sprechen nur von Liberalismus; inzwischen aber sind es die liberalen Maßregeln der kaiserlichen Regierung, gegen welche sie sich erheben zu müssen glauben. . . .

Der Herzog von Aumale soll — so sagt man — zuerst die Absicht gehegt haben, den Prinzen Napoleon zu einem Zweikampfe herauszufordern, was übrigens von einem jener Fürsten nicht überraschen kann, die stets von der guten, alten, feudalen Zeit träumen.

Wenn jedoch der Prinz Napoleon sich heute in ein Duell mit dem Herzog von Aumale eingelassen hätte, warum sollte der Kaiser Napoleon III. morgen solches dem Grafen von Chambord oder dem Grafen von Paris verweigern? Frankreich würde alsdann Eigenthum des Siegers im Zweikampfe werden! Indem man ähnliche Scherze vorschlägt, verschafft man sich auf wohlfeile Weise ein Diplom auf persönlichen Muth.

Weil die Napoleons heute das neue Staatsrecht in Frankreich, in Europa repräsentiren, suchen Anhänger der alten Parteien sich gegen sie zu verbinden. Doch dienen diese Angriffe nur dazu, um den Unterschied noch mehr anzudeuten, der die vertriebenen Dynastien von den neuen Generationen trennt. . . .

(Nach einer Beleuchtung mehrerer in der Broschüre des Herzogs von Aumale gemachten Beschuldigungen gegen die Napoleons heißt es weiter:)

Doch giebt es einen Prozeß, der, wenn er wieder aufgenommen, besonders populair werden würde. Es ist jener skandalöse Erbschaftsprozeß des unglücklichen Prinzen von Condé, welcher unter Louis Philipp, durch Richter Louis Philipps, zu Gunsten des Sohnes Louis Philipps geführt, dem Herzog von Aumale mehrere Millionen Rente zutheilte.

Man findet, daß der Prinz Napoleon sehr schnell Großcordon der Ehrenlegion, Senator und General geworden ist. Doch findet man es ganz natürlich, daß der Herzog von Angoulème Generalissimus der spanischen Expedition wurde, oder daß die Kinder der Orleans zu Generalen gemacht wurden, als sie kaum die Schule verlassen hatten! — Man behauptet nicht zu wissen, wo der Prinz Napoleon am 2. Dezember war. Doch weiß Jeder, daß der Herzog von Orleans während der ruhmreichen Tage des Juli weder bei König Karl X., noch in den Reihen der Insurgenten war; die Sieger fanden ihn zusammengekauert in einem Winkel seines Gartens von Neuilly. . . .

In der Zahl der Anschuldigungen mußte natürlich auch Magenta und Solferino kommen. Doch ist es nicht der Fehler des Chefs des fünften Corps, wenn die Oesterreicher bei seinem Heranrücken Central-Italien räumten, ohne ein Schwert zu ziehen. Es ist schon schmerzhaft, das Gebrüll der Kanonen in der Schlacht zu hören, ohne daran Theil nehmen zu können; doch die Arrieregarde trägt oft nicht weniger zum Triumphe bei, als die Avantgarde. Der Prinz Napoleon ist glücklich gewesen, den Italienern zu Hilfe eilen zu können; doch zu Hilfe welchen Volkes sind jemals die Orleans geeilt? . . . .

Jedermann hat die patriotische Kraft bewundert, mit welcher der Prinz Napoleon auf der Tribüne die Verträge von 1815 zerrissen hat. Was den Herzog von Aumale betrifft, so findet er, daß man zu viel von 1815 spricht; er denkt, wie der Geschichtsschreiber Thiers, daß Napoleon den Einfall machte. . . .

Der Herzog verehrt ohne Zweifel sehr die Verträge von 1815, um uns unsere natürlichen Grenzen zu wünschen, und er ist ein zu guter Verwandter, um den Gedanken aufkommen zu lassen, daß die belgischen Provinzen jemals aufhören könnten, einen Theil des Erbtheils seines Schwagers Leopold auszumachen.

Der Herzog wirft dem Prinzen Napoleon vor, gesagt zu haben, daß die Legitimisten oder Orleanisten, welche ein Quiberon (einstmals Landungsort der Legitimisten) erneuerten, getödtet werden müßten. Er erinnert mit Eifer daran, daß der König, sein Vater, den Prinzen Louis Napoleon, der heute Kaiser, nicht hat erschießen lassen (was übrigens, beiläufig gesagt, nicht einzig und allein von ihm abhing). Wir wollen den Herzog fragen, ob er nicht einen Unterschied findet zwischen Emigrirten, die, durch die fremde Macht ausgeschifft, einen Einfall in das Vaterland machen wollten, und einem Prinzen, dessen Dynastie nur durch einen Einfall von Fremden gestützt war, und welcher sich zu Boulogne wie Straßburg nur darauf beschränkte, an das allgemeine Stimmrecht zu appelliren. Der Herzog, indem er von den Napoleons spricht, sagt, daß in Bezug auf das Todtschießenlassen ihr Wort zuverläßig ist, womit er entschieden auf den Tod des Herzogs von Enghien anspielen will. Ueber diese That läßt sich Napoleon in seinem Testament folgender Maßen aus: „Ich habe den Herzog von Enghien verhaften und verurtheilen lassen, weil es für die Sicherheit, für das Interesse und die Ehre des französischen Volkes nothwendig war, da der Graf von Artois nach seinem Geständniß 60 Mörder in Paris unterhielt. Unter ähnlichen Umständen werde ich eben so handeln."

Der Herzog spricht von den „Memoiren des Königs Joseph." Ohne Zweifel hat er alsdann folgende Stelle eines Briefes des Königs Joseph an den General Lamarque (Neuyork, 5. September 1830) gelesen, worin er, indem er an den Mord, der das Leben seines Bruders bedroht, erinnert, sagt: „Sie fühlen, daß ich nichts von einem Bourbonen hoffen kann, und daß ich wohl weiß, daß der Herzog von Orleans (damals Louis Philipp) zur Hälfte in den Plan gegen meinen Bruder, den Kaiser Napoleon, (1814 einige Monate vor seiner Abreise von der der Insel Elba) verwickelt war."

Herr von Montalembert hatte geschrieben, daß die Engländer in Ostindien nichts gethan hätten, was mit den Grausamkeiten der Generale Napoleons verglichen werden könnte. Der Herr Herzog, welcher die Geschichte wahrscheinlich mit demselben Auge liest, wie der berühmte ultramontane Graf, denuncirt die blutdürstigen Befehle Napoleons an seinen Bruder Joseph, weil er diesem vorschrieb, in seinem Königreiche Neapel keine Räuber zu dulden. Aber die Verbrechen des Königs Ferdinand und der Königin Caroline scheinen ihm zweifelhaft.

Die Anhänger der Familie Orleans haben die Leidenschaft des Anschwärzens gegen die Familie Napoleon so weit getrieben, daß sie dem Prinzen Napoleon keine einzige gute Eigenschaft zugestehen, und doch hat Jedermann in ihm bereits einen großen Redner erkannt. Gewisse Leute sprechen ihm noch den persönlichen Muth ab, gewiß mit eben solchem Recht, wie sie seinem Vetter in der Zeit, wo er Präsident der Republik war, den Verstand absprachen. . . .

Der Herr Herzog ist so gütig gewesen, uns eine Unterrichtsstunde in der Geschichte Frankreichs zu geben; aber man könnte seinen Mittheilungen noch manche merkwürdige Thatsache hinzufügen, z. B.: daß Gaston von Orleans fortwährend Verschwörungen gegen seinen Bruder Ludwig XIII. anzettelte; daß der Regent Philipp von Orleans den König Ludwig XV. in seiner Jugendzeit demoralisirte; daß der Herzog von Orleans, genannt Egalité, zu den Urhebern der Hinrichtung Ludwig XVI. gehört und daß Louis Philipp mit Dumouriez ins Ausland flüchtete und bald darauf an einen englischen Bischof jenen berüchtigten Brief schrieb, worin er dem Einfall fremder Heere in Frankreich einen glücklichen Erfolg wünschte. Wenn es ihm nicht gestattet war, in Spanien gegen uns zu kämpfen, so war dies nicht seine Schuld; unter der Restauration hat er jedenfalls seinen Antheil an der den Emigrirten bewilligten Milliarde empfangen. Im Jahre 1830 entriß Derjenige, den seine Frau so eben für den rechtschaffensten Mann des Königreichs erklärt, weil er am letzten Tage der Julirevolution gesagt: „Heinrich V. ist Euer König!" unmittelbar darauf seinem Verwandten die Krone. Später sperrte er eines schönen Tages dessen Mutter, die Herzogin von Berry, in die Citadelle von Blaye ein, um sie dort öffentlich Wochen halten zu lassen und schließlich brandmarkte er Diejenigen, welche nach Belgrave-square gegangen waren, um dem Oberhaupt der Familie ihre Huldigungen darzubringen.

Man rühmte seinen Patriotismus und doch schrieb er an den Kaiser Nicolaus jenen schmachvollen Brief, in welchem er die Revolution, der er seine Krone verdankte, eine „Katastrophe" nannte. Man rühmte seine politische Klugheit, und als die Februar-Revolution hereinbrach, so war dies eine „Ueberraschung".

Der General Lamarque hatte von der Restauration gesagt: „sie gleicht einem Haltmachen in einem Sumpfe." Ein Minister Ludwig Philipps sagte von der Regierung des Hauses Orleans: „sie ist die Regierung der fortdauernden Erniedrigung Frankreichs." Louis Philipp ließ es geschehen, daß Frankreich zu der Stellung der ersten unter den Mächten zweiten Ranges herabsank, er war der Meinung, daß es auch in dieser Erniedrigung eine zufriedenstellende Erbschaft für seine Kinder wäre. . . .

Es steht den Bourbons schlecht an, den Napoleoniden Wortbruch vorzuwerfen. Es giebt keine Fürstenfamilie, welche sich häufiger des Meineides schuldig gemacht, als sie. Blos drei Königen von Neapel kann man zwanzig Meineide nachweisen, und wie viel andere noch den Königen von Frankreich und Spanien. Man macht viel Aufhebens von dem Worthalten Louis Philipps. Aber er, welcher im Rathhause die Krone aus den Händen Lafayettes und des Volkes nur unter der Voraussetzung eines volksthümlichen Programms und eines von republikanischen Institutionen umgebenen Bürgerkönigthums empfangen hatte; er stellte am 5. Juni 1832 in Abrede, daß jemals ein Rathhausprogramm existirt habe, und er ließ die Rebellen in der Straße Trans-nonain und in der Lyoner Vorstadt Vaise ganz wie ein Legitimer niederschießen.

Der Herr Herzog bewundert die Vergangenheit seiner Familie; wäre diese Vergangenheit aber noch tausendmal ruhmreicher, so würde diese Bewunderung zu nichts nützen. Es würde darauf ankommen, der Vergangenheit Leben für die Gegenwart zu geben. Ein Königthum wie ein Adel, die nur eine Vergangenheit und keine Gegenwart haben, sind todt. Wo sind denn Eure noch fortlebenden Thaten, Eure Opfer? Fehlt Euch etwa die Gelegenheit, Eure Kräfte erhabenen Prinzipien und großen Unternehmungen zu weihen?

Sie stellen sich stets Frankreich zur Verfügung, sagen die Mitglieder der Familie Orleans. Inzwischen aber machen sie den Mächten der alten Welt den Hof. Eine sonderbare Methode, sich auf die Zurückberufung zur Herrschaft über das erste Volk der Erde Anspruch zu erwerben.

An der Stelle, wo der Herzog von den Concessionen spricht, die der Kaiser nach und nach in verschiedenen Beziehungen gewährt hat, bezeichnet der Herr Herzog die Politik desselben als ein wiedererwecktes Juste-milieu. Es ist sonderbar, daß ein Orleans ihm einen solchen Vorwurf macht! Er besteht indessen. Zwischen der Politik des Kaiserthums und des Juli-Königthums besteht aber der wesentliche Unterschied, daß die letztere ein passives Juste-milieu, die erstere ein Juste-milieu der That ist. Unzweifelhaft ist Frankreich wieder emporgestiegen zu seiner frühern Machtstellung; das ist es eben, was die vertriebene Familie so sehr ärgert; denn bei jedem Schritte, den Frankreich unter dem Impulse der Napoleoniden vorwärts thut, fühlen die Orleans, daß sie in der öffentlichen Achtung zehnfach tiefer sinken; so sehr hatten sie Frankreich heruntergebracht. . . .

Nach der Ansicht des Herrn Herzogs wären die durch das kaiserliche Decret vom 24. Nov. 1860 bewilligten Freiheiten unter der Charte von 1830 als ein Hohn aufgenommen worden. Aber er mißbilligte nicht das Gesetz vom 31. Mai 1850, durch welches das allgemeine Stimmrecht beschränkt wurde; es sind ja seine Freunde (die Constitutionellen), welche es durchbrachten und bis zum Vorabend des 2. Dez., wider den Willen des Präsidenten der Republik, aufrecht erhielten.

Die Septembergesetze von 1835, meint der Herr Herzog, würden heut zu Tage als eine wahre Wohlthat begrüßt werden. Damals war aber die Zeitungscaution doppelt so hoch und wenn man sich Republikaner nannte, war man der Gefahr ausgesetzt, zu mehreren Jahren Gefängniß verurtheilt zu werden. Das ist jedenfalls eine vortreffliche Warnung, welche nicht verfehlen kann, in der republikanischen Partei die Zahl der orleanistischen Rekruten zu vermehren. Der Herr Herzog behauptet, daß den Volksvertretern die Redefreiheit nur wieder gegeben ist, damit sie in einer Art von politischer Comödie eine Rolle spielen. Freilich nach den Declamationen zu urtheilen, in denen gewisse Deputirte die Ideen des Mittelalters heraufbeschworen, scheinen dieselben allerdings ihre Pflichten als Volksvertreter so aufgefaßt zu haben, wie der Herzog von Aumale. Diejenigen, welche sich beklagten, daß die Reden der Volksvertreter abgekürzt würden, beklagen sich heute, daß sie zu lang sind. Ihr einziger Verdruß ist aber, daß man nicht mehr, wie ehedem, die stenographischen Berichte des Moniteur nach Belieben fälschen kann. Jetzt wenigstens, wo die Reden der Deputirten vollständig bei den Mairien angeheftet sind, haben sie keine Ursache, sich über den Mangel an Publicität zu beklagen.

Was den Herzog besonders betrübt, ist, daß die Kammer nicht das Recht hat, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Sicherlich nicht deshalb, weil er glaubt, daß dadurch die Völker freier werden würden, sondern weil er hofft, daß stets zu rechter Zeit jedem Kriege durch eine parlamentarische Intrigue Hindernisse entgegentreten würden. Und hiezu nehme man noch das Wehklagen darüber, daß ein Volk so unglücklich ist, mit dem Prinzip der Schutzzölle schlafen zu gehen und in den Armen des Freihandels zu erwachen.

Was will also der Herr Herzog? Einen Thron für seinen Neffen! Um diesen Preis würde nach seiner Meinung Frankreich glücklich und der Friede der Welt gesichert sein.

Was wollen jetzt die sogenannten Liberalen? Sie wollen ein ver-

---

„gutgesinnt" sind; Zeitungen und selbst Briefe werden oft genug auf den Postämtern mit Beschlag belegt. Von einer freien Presse ist in den Sklavereistaaten keine Rede.

So hat sich denn die Presse und mit ihr die allgemeine Volksbildung in die freien Staaten zurückgezogen. In den freien Staaten erscheinen 1790 Zeitungen und periodische Schriften mit 334,146,281 Abdrücken, dies ergiebt für jeden Bewohner des Norden nahezu 25 Abdrücke. In den Sklavereistaaten giebt es nur 704 Zeitschriften ꝛc. mit 81,038,693 Abdrücken, oder für jeden Weißen der Südstaaten etwa $12^1/_2$ Abdrücke. In den freien Staaten existiren 14,911 öffentliche Bibliotheken mit 3,888,234 Bänden! Im Norden bestehen 62,433 Schulen mit 72,621 Lehrern und 2,769,901 Schülern; im Süden 18,507 Schulen mit 19,307 Lehrern und 581,801 Schülern. Das heißt: im Norden kommt eine Schule auf 215, ein Lehrer auf 185, ein Schüler auf 5 Einwohner; im Süden — nach Abzug der Sklaven — eine Schule auf 347, ein Lehrer auf 340, ein Schüler auf 11 Einwohner. Daher kommt es, daß von der weißen, freien Bevölkerung des Südens über 20 Jahre alt $8_{,37}$ Proz., von derselben Bevölkerung des Nordens nur $2_{,40}$ Proz. nicht lesen oder schreiben können. Und diese letzteren sind meist Eingewanderte.

Einzelne freier denkende Bewohner der Sklavereistaaten haben sich bemüht, durch Manufacturanlagen nicht allein den armen Weißen eine lohnende und noch nicht als ehrlos betrachtete Arbeit zu schaffen, sondern auch den Süden von dem Norden unabhängiger zu machen. So sehr die „kleinen Herren" des Südens letzteres auch wünschen mußten, so überwog doch die Furcht, daß bei engerem Zusammenleben und größerem Wohlstande der armen Weißen sich bei diesen eine größere Intelligenz und geistige Selbstständigkeit entwickeln werden, die ihren „eigenthümlichen Institutionen" nothwendig Gefahr drohen müßten. So wußten die Sklavenhalter denn auch diesen Fortschritt zu verhindern. Es waren im Jahre 1850 im Süden 161,733 Menschen und 92,268,000 Doll. im Norden, dagegen 780,576 Menschen und 417,536,000 Doll. in Manufacturen in Arbeit.

Aehnlich verhält es sich mit Kanälen und Eisenbahnen. Die freien Staaten zählten 1854 in Kanälen 3682 Meilen, 1857 in Eisenbahnen 17,855 Meilen. Die Sklavereistaaten besaßen in denselben Jahren 1110 Meilen Kanäle und 6859 Meilen Eisenbahnen. Dafür haben die freien Staaten aus der Postverwaltung einen Ueberschuß von 2,062,430 Doll., die Sklavereistaaten ein Deficit von 832,755 Doll.

Allein die Sklavenhalter selbst erklären, daß ihre starke Seite in Ackerbau bestehe. Die Statistik spricht dagegen. Von dem Gesammtgebiet der südlichen Staaten sind 10 Proz., der nördlichen dagegen 15 Proz. in Cultur. In jenen hat der Acre einen durchschnittlichen Werth von 6 Doll., in diesen von 19 Doll.; in jenen ist der Ertrag pro Acre $8_{,40}$ Doll., in diesen $9_{,80}$ Doll. In den südlichen Staaten sind die Farmen durchschnittlich viel größer als im Norden; gleichwohl verhalten sich die Werthe der auf jeder Farm im Süden angewendeten Maschinen und Arbeitsgeräthe zu denen jeder nördlichen Farm wie 36 zu 77. Und die absichtlich erhaltene geistige Stumpfheit der Neger läßt in der That eine ausgedehntere Anwendung irgend künstlicher Maschinen nicht zu. Dennoch ist der Ertrag im Süden und Norden ein außerordentlich verschiedener.

		Freie Staaten.	Sklavereistaaten.
Weizen	Bushels per Acre	12	9
Hafer	" " "	27	17
Roggen	" " "	18	11
Mais	" " "	31	20
Kartoffeln	" " "	125	113

Und auch diese Erträge werden nur dadurch erreicht, daß stets neues Land in Cultur genommen wird, um es, sobald es erschöpft ist, zu verlassen. So produciren Virginia, Georgia, Neu- und Süd-Carolina nur 7 Bushel Weizen per Acre. Aus letzterem Grunde suchen die Sklavereistaaten ihre Herrschaft stets über neues Territorium auszudehnen; und aus demselben Grunde legen sich die Sklavereistaaten schon lange viel mehr auf die Zuzucht von Sklaven als auf Ackerbau.

Wie sehr bei alle dem die Sklavereistaaten zurückgehen, zeigt folgende Uebersicht. Im Jahre 1840 existirten 27 Staaten; ihre Production in den Jahren 1840 und 1850 war an:

	Weizen 1840 Bushels	pCt. des Gesammtertrages	1850 Bushels	pCt. des Gesammtertrages
Freie Staaten:	54,413,502	65	66,358,811	70
Sklavereistaaten:	30,042,549	35	27,861,050	30
	Mais 1840		1850	
Freie Staaten:	123,342,958	33	233,036,102	41
Sklavereistaaten:	251,504,343	67	240,966,597	59

In diesen zehn Jahren nahm in den Nordstaaten die Weizen-Production um 22 Proz. zu; in den Südstaaten um 7 Proz. ab!; die Mais-Production stieg in jenen um 88 Proz., in diesen nur um 35 Proz.

So zeigen sich die Sklavereistaaten nicht als Agriculturisten; höchstens können sie auf ihre Baumwolle pochen. Allein daß diese in den freien Staaten nicht gedeiht, ist eine Folge des Klimas. Mit gleichem Rechte könnten die Portugiesen ihre Landwirthschaft der englischen voransetzen, weil in ihrem Lande Wein gezogen wird.

Es soll hier auf die socialen, religiösen und politischen Nachtheile der Sklaverei nicht eingegangen werden. So viel steht fest, daß in den Nordstaaten die Bevölkerung sich um 3 Proz. jährlich schneller vermehrt als in den Südstaaten; daß die Bevölkerung dort schon jetzt um 100 Proz. dichter ist als hier; daß dort um 50 Proz. mehr Land in Cultur sich befindet; daß dort der Ertrag per Acre um 14 Proz. größer ist; daß endlich der Werth der gesammten Agricultur- und Manufactur-Producte des Nordens um 60 Proz. den des Südens übertrifft.

antwortliches Ministerium, welches durch eine Majorität von Deputirten, die selbst durch ein sehr beschränktes Stimmrecht erwählt sind, ernennen und stürzen dürfen, kurz die Wiederherstellung des pays légal, welches wir 33 Jahre gehabt haben und welches Nichts Anderes ist, als eine Art von Oligarchie, die man unter dem schönen Titel „Regierung des Volkes" verhüllte. Das Haus Orleans und die Orleanisten möchten in solcher Weise das zweite Kaiserreich und die zweite Republik beseitigen, um das lancien régime, welches vor 1848 in Geltung war, wiederherzustellen, gleich wie die ältere Linie der Bourbons die erste Republik und das erste Kaiserreich beseitigt hatte, um das lancien régime von 1786 wieder herzustellen. Das Resultat des ersten Versuches hat dem Volke hinlänglich die Augen geöffnet, so, daß die Regierung des Kaisers das Recht hat, auf solche Chimairen mit Verachtung herabzublicken. Sie ist übrigens dadurch, daß die Massen auf ihrer Seite stehen, stark genug, um dergleichen Chimairen niederzuschlagen, wenn sie jemals gefährlich werden sollten.

Niemand hat weniger, als Ihr, das Recht, die Frage zu wiederholen, die der General Buonaparte an das Directorium richtete: „Was habt ihr aus Frankreich gemacht?" Denn man hat gesehen, was Ihr aus Frankreich und den Völkern gemacht habt, und man sieht, was die Völker und Frankreich jetzt sind!

Wir aber haben die Pflicht, Euch die Antwort des ersten Kaisers an den Grafen von Provence, den spätern König Ludwig XVIII., ins Gedächtniß zurückzurufen: „Sie sollten nicht nach Frankreich zurückzukehren wünschen; Sie würden Ihren Einzug über Hunderttausend Leichen halten müssen!"

Danzig, 29. April

* Nach einem uns soeben zugehenden ausführlichen Schreiben von der „Thetis" aus Woosung, 5. März, welches wir in den nächsten Tagen mittheilen werden, sind „Arcona" und „Thetis", letztere am 3. März, glücklich in Woosung, dem Vorhafen von Shanghai, angekommen und lagen dort bei Abgang des Briefes vor Anker. Die „Elbe" liegt seit dem 8. Februar in Shanghai. — Am Anfange der Reise (Ende Januar) hatten die „Thetis" und die „Arcona" einen heftigen Sturm zu bestehen, wobei beide Schiffe einige Verluste erlitten. Der Gesundheitszustand auf der „Arcona" und „Thetis" ist ein guter.

* Die vorgestern auf dem Rathhause stattgefundene Versammlung der Mitglieder der Schullehrer-Wittwen- und Waisen-Unterstützungskasse wurde von dem Vorsitzenden, Herrn Stadt-Schulrath Dr. Kreyenberg, mit der Vorlesung des auf die nachfolgende Verhandlung bezüglichen Ministerial Reskripts eröffnet. Hierauf stellte Herr Küster Hinz im Auftrage und Namen des hiesigen Lehrervereins folgenden Antrag: Die Mitglieder der Versammlung mögen dem hohen Ministerio protokollarisch nachstehende Wünsche zu erkennen geben:

1) daß das Minimum der Pension einer Lehrerwittwe, gleichviel ob dieselbe Kinder habe oder nicht, 30 Thlr. jährlich betrage und daß dafür höchstens der gegenwärtig festgesetzte doppelte Beitrag von 2 Thlr. 20 Sgr. zu zahlen sei;

2) daß die Mitglieder der Kasse berechtigt sein sollen, die Pensionen ihrer dereinstigen Wittwen und Waisen, gegen Zahlung verhältnißmäßig höherer Beiträge, ohne Retardatzahlungen, beliebig auf ein Maximum von 60 Thlrn. jährlich zu steigern;

3) daß nach dem Tode der Mutter, ebenso wie dies jetzt der Fall ist, ein verhältnißmäßiger Theil der Pension auf die hinterbliebenen Kinder unter 14 Lebensjahren übergehe.

Außerdem drückt die Versammlung ihr Bedauern darüber aus, Vorschläge zur Abänderung des gegenwärtig giltigen Statuts der rc. Wittwenkasse aus dem Grunde nicht machen zu können, weil ihnen die speziellen Verhältnisse dieses Institutes gänzlich unbekannt sind und die Königl. Regierung ihnen auf ihre an dieselbe unterm 2. März d. J. gestellte Bitte um genauere Auskunft über den Stand der Kasse, nach verschiedenen Richtungen hin, eine abschlägige Antwort hat zu Theil werden lassen.

Nachdem dieser Antrag hinreichend discutirt worden war, und ein von Herrn Dr. Landsberg eingebrachter Antrag: die Versammlung möge, ohne eine Summe zu bestimmen, weil ihr die speciellen Verhältnisse der Wittwenkasse gänzlich unbekannt seien, nur den allgemeinen Wunsch aussprechen, die gegenwärtig unzureichenden Lehrer-Wittwen-Pensionen zu erhöhen, bei der Abstimmung in der Minorität geblieben, wurde die vorerwähnte Fassung mit 14 gegen 11 Stimmen angenommen.

* [Gerichtsverhandlungen am 25. April.] Die verehelichte Glasermeister Blumenthal geb. Isidor ist beschuldigt, sich eines Morgens in die Wohnung der unverehelichten Franziska Duske und Johanne Bieber geschlichen und denselben, während sie noch schliefen, ein Paar Mantillen weggenommen zu haben. Sie vertheidigte sich mit einer staunenswerthen Zungengeläufigkeit, jedoch in einem so eigenthümlichen Dialekt, daß es unmöglich war, ihren ausführlichen Argumentationen zu folgen. Sie behauptete, den beiden Damen die Mantillen auf Credit verkauft zu haben, daß diese die versprochenen Terminzahlungen nicht pünktlich geleistet und sie endlich beauftragt hätten, die Mantillen gegen andere umzutauschen. Die Zeugin Duske gab dies zum Theil zu, bestritt dagegen mit der größten Entschiedenheit die weitere Behauptung der Angeklagten, daß sie selbst an dem gedachten Morgen die Mantillen in eine Serviette gewickelt und der Angeklagten übergeben habe. Der Herr Staatsanwalt hielt für erwiesen, daß Angeklagte die Mantillen heimlich und gegen den Willen der Eigenthümerin in Besitz genommen habe, erachtete jedoch eine weitere Aufklärung dieses Umstandes durch Vernehmung der Johanne Bieber, deren jetziger Aufenthalt nicht zu ermitteln ist, nicht für wesentlich, sondern beantragte die Freisprechung der Angeklagten, da derselben eine diebische Absicht nicht nachzuweisen sei, ihr vielmehr nur das jetzt nicht mehr strafbare Vergehen der eigenmächtigen Selbsthilfe zur Last falle. Der Gerichtshof erkannte auch diesem Antrage gemäß und veranlaßte die Angeklagte dadurch zu einem nochmaligen rednerischen Erguß über ihre Dankbarkeit für diesen weisen Richterspruch gegen eine unschuldige und redliche Frau.

Einen weniger günstigen Erfolg hatte die sehr hartnäckige Vertheidigung, mit welcher der Fabrikarbeiter Koch die Anschuldigung zurückzuweisen suchte, daß er den Fabrikarbeiter Pogede ohne Veranlassung aus Aerger und Neid über dessen größere Geschicklichkeit und Erwerbsfähigkeit vorsätzlich und mit Ueberlegung durch Stiche mit einem eisernen Stichel an der Stirn und dem linken Auge verletzt habe. Das Zeugniß des Damnificaten und des Arbeiters Lerps, welche den Angeklagten direkt bezüchtigten, erhielt eine erhebliche Unterstützung durch die Bekundung des Major von Neuendorf, daß Angelagter ihm die That eingestanden und auf die Vorhaltung, wie er habe mit dem Messer stechen können, ganz bestimmt geantwortet habe, er habe den Pogede nicht mit einem Messer, sondern mit einem Stichel verletzt. Der Gerichtshof verurtheilte nach einer weitläufigen Beweisaufnahme den Angeklagten zu 2 Monaten Gefängniß.

Schließlich wurde die unverehelichte Perling schuldig befunden, ihrem Ingrimm gegen die verehelichte Rennepfennig dadurch Luft gemacht zu haben, daß sie dieselbe, als sie in ihrem Sonntagsstaat sich nach der Kirche begeben wollte, mit verschiedenen Speisen beschüttete und ihr mit den Worten: „warte Racker, ich werde Dir die Federn ausrupfen" die Haube vom Kopf riß. Der Haß der Angeklagten soll dadurch erregt sein, daß die Zeugin von einigen Liebeszusammenkünften jener mit verschiedenen Männern, welche die Dunkelheit eines Ganges beschützen sollte, durch Beleuchtung mit einer Laterne den Schleier weggezogen habe. Die Angeklagte wurde wegen Vermögensbeschädigung zu 7 Tagen Gefängniß verurtheilt.

* Das reiche Programm zu der von Herrn Markull am Sonnabend veranstalteten musikalischen Soirée hatte eine solche Anziehungskraft ausgeübt, daß der Apollosaal nicht Alle fassen konnte, die an dem seltenen Genusse Theil nehmen wollten; eine nicht unerhebliche Zahl mußte wieder zurückgehen. Für heute bemerken wir nur, daß Frau Saemann de Paez durch einen Fieberanfall verhindert war, mitzuwirken, dagegen war Frau v. Marra Vollmer so liebenswürdig, zu ihren sechs Liedern noch die Walzer-Arie von Arditi, für Frau Saemann reservirt, zu übernehmen. Begeisterter Applaus wurde derselben für ihre herrlichen Gesangsvorträge zu Theil, und Fräulein Ungar wie die Herren Winkelmann und Jansen reihten sich in würdigster Weise an die Meistersängerin an und ernteten ebenfalls verdienten Beifall. Frau Director Dibbern erwarb sich Dank für eine gelungene Declamation. Das von den Herren Denecke, Paris und Markull zum Vortrag gebrachte Trio von Haydn wurde höchst sauber und präzise durchgeführt und fand allseitige und laute Anerkennung.

* Mit Bezug auf die in No. 891 dies. Ztg. enthaltene Correspondenz aus Zoppot, 26. April, werden wir ersucht, eine Berichtigung aufzunehmen, dahin gehend, „daß in der Badesaison die öffentliche Promenade längs des Kursaales nicht aus bodenlosem Sande, sondern aus einem festen Grunde besteht, wie solcher in jeder Gartenanlage zu finden ist."

* Vergangenen Sonnabend, Abends nach 10 Uhr, fand ein Schornsteinbrand in der Tischlergasse Nr. 16 statt. Die Feuerwehr war zur Stelle.

* Hr. Kreutzberg jun. soll dieser Tage versuchsweise dem Königstiger eine Visite in dessen Käfig gemacht haben, bei seinen Manövern mit demselben aber am Kopfe verwundet worden sein. Die Verletzung ist glücklicherweise nur leicht und ganz ungefährlich.

± Thorn, 27. April. Ueber die Vorgänge am 20. und 21. d. Mts. in der meist von Deutschen bewohnten Fabrikstadt Lodz erfahren wir heute Nachmittag aus dem Privatschreiben eines unparteiischen Augenzeugen, daß die verschiedenen Zeitungsmittheilungen das Ereigniß nicht genau dargestellt haben. Nach unserer Quelle ist der Thatbestand folgender: Ein praktischer Arzt Dr. W. hatte verletzende Aeußerungen gegen die Deutschen öffentlich fallen lassen. Die deutschen Arbeiter vermerkten das übel und brachten heute vor acht Tagen dem Doctor, die jetzt im Nachbarlande gegen mißliebige Personen herrschende Sitte nachahmend, eine Katzenmusik. Der Arzt, statt sich bei dieser humoristischen Mahnung, in seinen Worten besonnen zu sein, zufrieden zu geben, wurde gegen die Deutschen noch verletzender und der Haufe warf ihm darauf die Scheiben ein und demolirte einige Möbel. Damit endete der erste Akt des Straßenskandals. Am folgenden Tage, dem Sonntage, steigerten die Arbeiter, meistens Weber, erheitert durch die Katzenmusik, ihren illegalen Humor noch durch Spirituosen und in solcher Aufregung begaben sie sich nach der Fabrik von Scheibler. Dieser, ein durchaus liberaler, für seine Arbeiter besorgter Fabrikant, hatte sich den Haß der Weber durch Einführung von Maschinen neuester Konstruction zugezogen. Die Arbeiter fürchteten die Konkurrenz dieser Maschinen. Der trunkene Arbeiterhaufen zerschlug zuerst die Fensterscheiben, drang dann in das schön gebaute Gebäude, zertrümmerte dort die Webestühle und Maschinen, verschonte nur die Spinnmaschine und machte sich dann, um Wein aufzusuchen, nach dem Keller, wo er jedoch nur Bier vorfand und als gute Beute behandelte. Die städtischen Autoritäten waren theils krank, theils abwesend. Inzwischen waren Kosaken aus Zgiersk eingetroffen und machten dem Skandal und Tumult ein Ende. Am anderen Tage rückte auch Militär ein und die Ruhe ist seitdem nicht gestört worden. Der Fabrikant Scheibler hat einen Schaden von 10,000 Thlrn. Das war der zweite Akt der Lodzer Revolution. Sie sehen, daß dort nur ein brutaler Akt unwissender und roher Arbeiter ausgeführt ist, nicht aber hat sich Haß deutscher Arbeiter gegen Juden und Polen, oder gegen jüdische Konkurrenz Luft gemacht.

Lotterie.

Bei der am 27. April fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 123. Kgl. Klassen-Lotterie fielen 2 Gewinne zu 5000 Thlr. auf Nr. 37,436 und 57,869. 7 Gewinne zu 2000 Thlr. auf Nr. 5569. 21,474. 25,496. 33,379. 66,839. 81,239 und 85,451.

41 Gewinne zu 1000 Thlr. auf Nr. 1771. 2311. 3448. 14,463. 16,144. 17,418. 18,048. 19,496. 20,175. 23,013. 24,832. 30,114. 30,289. 31,522. 32,188. 35,114. 41,409. 44,555. 47,176. 50,328. 50,418. 51,312. 56,440. 57,225. 62,403. 62,750. 70,338. 71,423. 72,068. 74,651. 76,353. 83,537. 84,647. 85,911. 87,953. 88,759. 90,588. 91,049. 91,510 und 94,353.

55 Gewinne zu 500 Thlr. auf Nr. 725. 2403. 3412. 4010. 9969. 10,876. 11,934. 12,668. 12,738. 13,2?7. 13,507. 18,489. 19,131. 22,058. 22,551. 25,146. 27,921. 28,119. 31,480. 31,483. 31,670. 31,689. 33,709. 36,038. 38,221. 40,861. 41,112. 41,420. 42,435. 45,187. 45,458. 46,142. 54,251. 54,703. 54,981. 56,322. 56,829. 56,965. 59,597. 61,922. 62,388. 63,566. 66,233. 68,649. 71,295. 78,541. 79,216. 79,957. 80,147. 86,459. 88,238. 90,310. 90,942. 93,726 und 94,973.

75 Gewinne zu 200 Thlr. auf Nr. 4015. 4384. 4515. 4967. 6411. 7357. 7986. 9450. 10,034. 12,468. 13,245. 13,473. 14,860. 15,184. 15,228. 17,699. 22,977. 24,034. 25,777. 26,389. 26,550. 29,811. 32,150. 36,665. 40,482. 42,021. 43,725. 44,239. 45,249. 46,011. 46,874. 47,074. 47,151. 47,356. 48,438. 48,490. 48,564. 49,614. 50,885. 51,928. 52,298. 52,331. 53,152. 53,871. 54,417. 56,116. 56,350. 61,546. 61,602. 62,423. 62,585. 63,217. 63,655. 64,418. 64,511. 64,640. 64,864. 66,998. 69,437. 71,566. 71,683. 72,964. 73,724. 78,320. 78,773. 81,134. 82,031. 83,960. 83,997. 84,078. 84,472. 86,165. 87,628. 91,438 und 93,368.

157 Gewinne zu 100 Thlr. fielen auf Nr. 137. 1055. 2957. 3431. 3620. 3717. 4077. 4692. 4977. 5202. 5321. 6490. 8960. 9567. 9681. 10,025. 10,039. 10,781. 12,383. 13,185. 13,218. 13,372. 13,493. 13,713. 14,299. 14,466. 14,492. 14,694. 15,618. 15,707. 16,148. 17,156. 17,903. 18,276. 18,872. 21,999. 22,518. 23,634. 24,002. 24,823. 25,501. 26,552. 26,978. 27,305. 27,582. 28,145. 28,280. 28,812. 29,046. 29,296. 30,514. 30,977. 33,178. 33,231. 33,551. 35,435. 36,792. 38,035. 38,144. 38,154. 38,509. 38,813. 39,001. 39,462. 39,950. 41,207. 44,610. 45,877. 45,962. 46,211. 46,877. 46,939. 46,947. 48,811. 49,316. 49,942. 50,402. 50,485. 50,772. 52,071. 52,229. 52,234. 53,014. 53,099. 53,201. 53,297. 55,147. 55,305. 55,342. 55,586. 56,302. 56,325. 56,627. 56,?35. 56,922. 57,122. 57,186. 58,525. 58,855. 58,890. 59,175. 56,914. 6?,020. 60,054. 61,543. 63,686. 63,812. 64,295. 64,369. 65,116. 65,670. 65,783. 65,920. 67,178. 67,444. 67,654. 68,809. 69,193. 69,456. 69,491. 70,324. 70,507. 71,540. 72,089. 72,602. 73,048. 73,459. 75,091. 76,259. 76,341. 77,114. 78,023. 78,413. 78,466. 78,540. 80,904. 80,930. 81,016. 81,102. 83,293. 83,550. 83,736. 84,438. 85,246. 85,274. 85,357. 85,981. 86,115. 87,127. 87,297. 87,569. 88,170. 88,488. 91,221. 92,164. 92,791 und 92,820.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 27. April. Getreidemarkt. Weizen loco fest gehalten, jedoch stille, ab Auswärts sehr stille. Roggen loco unverändert, jedoch ruhig, ab Petersburg fest. Oel Mai 24 1/8, Oktober 25 1/2. Kaffee stille. Zink ohne Umsatz.

London, 27. April. Consols 91 3/4. 1 % Spanier 41 3/4. Mexikaner 23 7/8. Sardinier 80 7/8. 5 % Russen 102. 4 1/2 % Russen 91 1/4.

London, 27. April. Der gestrige Wechselcours auf Wien war 15 Fl. 25 Xr., auf Hamburg 13 Mk. 7 sh.

London, 27. April. Nach dem neuesten Bankausweis beträgt der Notenumlauf 20,038,985, der Metallvorrath 13,116,949 £.

Liverpool, 27. April. Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz. Preise gegen gestern unverändert.

Paris, 27. April. Schluß-Course: 3 % Rente 68,70. 4 1/2 % Rente 95,50. 3 % Spanier 47 3/4. 1 % Spanier 41 1/2. Oesterr. St.-Eisenbahn-Aktien 482. Oesterr. Credit-Aktien —. Credit mobilier-Aktien 681. Lomb. Eisenbahn-Akt. —.

Berlin, den 29. April 1861. Aufgegeben 2 Uhr 46 Minuten.
Angekommen in Danzig 3 Uhr 45 Minuten.

		Letzt.Crs.			Letzt.Crs.
Roggen höher, loco	47	46 3/4	Preuß. Rentenbr.	96 1/4	96 3/4
Frühjahr	46 5/8	46	3 1/2 % Wstpr. Pfdbr.	83 3/4	83 3/4
Mai-Juni	46 5/8	46	Ostpr. Pfandbriefe	83 3/4	83 3/4
Spiritus, loco . .	19 1/4	19 1/8	4 % Pos. Pfandbr.	90	—
Rüböl April . .	11 1/2	11 1/6	Franzosen	126	125
Staatsschuldscheine	87 3/4	87 1/2	Nationale	51 3/4	51 1/2
4 1/2 % 56r. Anleihe	102	102	Poln. Banknoten	86 5/8	86 1/2
5 % 59r. Pr. Anl.	106 1/4	106	Petersburg. Wechs.	—	94 1/4
			Wechselc. London	—	6. 18 1/8

Fondsbörse matter.

Produkten-Märkte.

Danzig, den 29. April. Bahnpreise.

Weizen heller, fein- u. hochbunter, möglichst gesund 124/25—126/27—128/29—130/32 ℔ nach Qualität von 90/91—92 1/2/95—97 1/2/100—105/110 Sgr., ord. bunt, dunkel- u. hellbunt, krank 117/18—121/22—123/24 ℔ nach Qualität von 70/75—80/82 1/2—84/85—86/87 Sgr.

Roggen nach Qual. schwerer u. leichter pr. 125℔ von 56/55—50/46 Sgr. mit 1/2 Sgr. Differenz pr. ℔ m. o. w.

Erbsen von 48/50—53/54—56/58 Sgr.

Gerste kleine 97/100—102/106/7℔ von 35/36—38/39—44/45 Sgr., große 100/104—108—110/112 von 40/42—44—46/47 Sgr.

Hafer von 20—28/29 Sgr. nach Qualität.

Spiritus 20 Rthlr. Geld; ohne Zufuhr.

Getreide-Börse. Wetter: sehr unfreundlich. Schnee und Hagel abwechselnd mit Sonnenschein. Wind SW.

Kauflust für Weizen war an unserem heutigen Markte wenig vorhanden; die umgesetzten 280 Lasten haben kaum vorwöchentliche Preise bedungen. Feine Qualität nicht am Markte. Bezahlt ist für 124℔ bunt und hellbunt fl. 520, 530, 540, 126℔ hellbunt fl. 560, für 130℔ gute bunte poln. Waare blieben die bedungenen Preise unbekannt.

Roggen 117℔ fl. 300, 120℔, 120/21℔ fl. 315, 123℔, 123/4℔ fl. 324, Alles pr. 125℔. 230 Lasten Umsatz.

Weiße Erbsen fl. 270, 325, 327, 336 nach Qualität. 100 Lasten gekauft.

Wicken fl. 228, 246.

105℔ kleine Gerste fl. 2?2.

Spiritus heute ohne Zufuhr. In voriger Woche waren für bereits bestimmte Verwendung hier 10,000 Quart Spiritus per Bahn angekommen.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, den 27. April, Wind: WNW.

Angekommen:

H. Petersen,	Broederner Pröve,	Bergen,	Heringe best. n. Stolp.
W. Andersen,	3 Broederne,	Gothenborg,	Ballast.
A. Cormack,	Elisabeth,	Newcastle,	Kohlen.
J. C. Pinnow,	Amanda,	Odense,	Ballast.
H. P. Toft,	Cecilie,	Holnaes,	—
H. H. Nieboer,	Martha,	Amsterdam,	Schienen.
D. F. Jachtmann,	Wager,	Elseneur,	Ballast.
G. Johannsen,	Anna Kirstine,	Sandborg,	—
M. Elliott,	Constance,	Swinemünde,	—
K. P. Kiewit,	Maria Catharina.	Copenhagen,	—

Retournirt:

F. Labudda,	Anna Emilie.
L. Wittstock,	Emanuel.
A. Damlos,	Mary.

Den 28. April. Wind: West.

J. Enibleton,	Percy,	Swinemünde,	Mauerstein.
E. E. Stamhuis,	Ida Fany,	Delfzyl,	Ballast.
E. Furve,	Ellida,	Foedestrand,	—
L. C. Sievertsen,	Recta,	Westervig.	—
T. F. Jantzen,	Vigilante,	Calmar,	—
C. Haefs,	Emma,	Copenhagen,	—
D. Griffith,	Meg Merillis,	Hamburg.	Stückgut.
J. Swensen,	Magdalena,	Königsberg.	Getreide.
G. Swanson.	Strathspy,	Newcastle,	Kohlen.
N. Simonsen,	Halvor Gephard,	Grangemouth,	—
G. Watt,	Eclipse,	Aberdeen	Ballast.
R. Walker,	Wallau Lenius,	Copenhagen,	—

Retournirt:

H. Petersen,	Fortuna.

Gesegelt:

L. Klamp,	Friedrich der Große,	Santander,	Holz.
R. Neubeyser,	v. Weikhmann,	—	—
W. Driver,	Gertrude (S.-D.)	Leith,	Getreide.
C. Parlitz,	Colberg (S.-D.)	Stettin,	Güter.
A. Heydemann,	Preuße (S.-D.)	—	—
F. Steffen,	Preuß. Adler (R.-D.)	—	leer.
J. Murray,	Fairy,	Aberdeen,	Getreide.

Angekommen:

H. W. Bartels,	Carl Friedrich,	Wolgast,	Ballast.
M. Mildenstein,	Urania,	Christiania,	—
C. F. Berg,	Winterflid,	Königsberg,	Getreide.
F. Krumm,	Wohlfahrt,	Tönningen,	Ballast.
G. Pole,	Gnome (SD.),	Leith,	Güter.

Den 29. April. Wind S.

T. Jancke,	Fr. v. Schiller,	Königsberg,	Getreide.
T. Smith,	Macedonien,	Sunderland,	Kohlen.

Ankommend:

2 Briggs, 1 Schooner, 1 Bark, 1 Jacht.

Thorn, den 27. April. Wasserstand 3' 6".

Stromab: Last. Schfl.

Ad. Kuntze, Pilice, Stettin, 918 Stck. hart. Holz, 1447 Stck. weich. Holz, 430 Schock Faßholz.

H. Ihlau, Ign. Konitz,	Warschau,	Danzig,	C. G. Steffens	34	2	Wz.
C. Kempf, J. Taubwurzel,	Warschau,	Danz.,	Th. Behrend,	87	—	do.
F. Schröder,	—	—	L. Joel,	35	—	do.
J. Neuleuf, M. Fajans,	—	—	L. M. Köhne,	117	1	do.
L. Stetz, Gebr. Lewy,	Plock,	—	Goldschmidt S.	43	18	do.
W. Grambow, H. Lewinski,	Wloclawek,	—	L. M. Köhne,	41	—	do.
C. Neuendorf, Gebr. Lachmann,	—	Stettin,	Geb. Lachmann	65	25	Rg.
C. Heide, S. Wilczynski,	Nieszawa,	—	Perl u. Meyer,	25	6	Wz.
				3	45	Rg.
W. Böhmert, Geb. Wolff,	Wloclawek,	Danz.	Goldschmidt S.	73	—	Wz.

Summa 455 L. 27 Schfl. Wz., 69 L. 10 Schfl. Rg.

Frachten.

* Danzig, 29. April. London 17s pr. Load Balken und Mauerlatten, 3s pr. Qr. Weizen. Newcastle 2s ?d pr. Qr. Weizen. Grangemouth 2s 6d pr. Qr. Weizen. Leith 2s 9d pr. Qr. Weizen. Hull 3s 3d pr. Qr. Erbsen. Dublin 4s pr. Qr. Weizen. Sunderland 18s 6d pr. Load Crooks, 13s 6d pr. Load fichten Balken. Pembroke 20s pr. Load Balken, 21s 6d pr. Load Dielen. Antwerpen fl. 24, Brüssel fl. 26 pr. Last Getreide von 2400 Kilo. Emden Rthlr. 8 Louisd'or pr. Last fichten Holz. Flensburg 10 fl. Hamb. Bco. pr. Tonne Roggen.

Fondsbörse.

* Danzig, 29. April. London 3 Mon. 6. 18 1/2 B. Hamburg 2 Mon. 149 3/4 B., 5/8 bez. Amsterdam 2 Mon. 140 1/2 B. Staatsschuldscheine 87 1/2 B. Westpreuß. Pfandbr. 3 1/2 % 84 B. Staatsanleihe 4 1/2 % 102 B., do. 5 % 106 1/4 B. Preuß. Rentenbriefe 96 1/2 bez.

Verantwortlicher Redacteur: Heinr. Rickert in Danzig.

Heute 10 Uhr Vormittags ist meine Frau von einem gesunden Sohne glücklich entbunden worden.
Schwetz, den 28. April 1861.

Groddeck,
Rechts-Anwalt.

Gestern Abends 11½ Uhr wurde meine Frau **Elise, geb. Glaubitz,** von einer Tochter glücklich entbunden, welches ich Verwandten und Freunden hiemit ergebenst anzeige.
Memel, den 27. April 1861.

A. Dalcke.

Nach unserm Abzuge von **Rosenberg** nach **Gr. Falkenau** bei **Mewe** sagen wir zuerst Dank unsern lieben Geschwistern, Anverwandten, Freunden und Nachbarn und wünschen dann allerseits ein herzliches Lebewohl.
Rosenberg, den 10. April 1861.

Joseph Mirau
und Frau.
[4268]

Bekanntmachung.

Bei der bevorstehenden Baggerung des Wall- und Schleusengrabens in der Niederstadt werden in diesem Jahre ca. 300 Schachtruthen Baggerschlick als **ausgezeichneter** Dungstoff gewonnen werden.

Landwirthe welche denselben benutzen wollen, wollen ihre desfallsigen Offerten unter Angabe der geforderten Abladestelle an den Ufern der Mottlau in oder außerhalb der Stadt und unter Angabe des offerirten Kaufpreises in kürzester Frist versiegelt bei uns einreichen.
Danzig, den 25. April 1861.

Die Stadt-Bau-Deputation.

Bekanntmachung.

In Bezugnahme auf die in No. 866, dieser Zeitung pro 1861 erlassene Bekanntmachung vom 22. März c. betreffend den in der Nacht vom 18. zum 19. März c. in dem Postgebäude zu Pelplin verübten Diebstahl, wird die dort ausgesetzte Belohnung mit dem Bemerken, daß die Ermittelung der Thäter bis jetzt noch nicht gelungen ist, auf 100 Thaler erhöht.
Pr. Stargardt, den 23. April 1861.

Der Staats-Anwalt.

Der über das Vermögen des früheren Gastwirths und Hackenbüdners George Ziehm aus Gremblin eröffnete Concurs ist beendigt.
Marienwerder, den 18. April 1861.

Königl. Kreis-Gericht.
1. Abtheilung.
Der Commissar des Concurses.

Edictal-Citation.

Der Mühlenbesitzer A. Wanner in Czyskowker Mühle bei Bromberg und der Kaufmann Otto Stellbaum zu Bromberg haben gegen den ehemaligen Gutsbesitzer Louis Baron von Lüttwitz und den Rentier Grafen Louis v. Frankenberg, beide zuletzt in Skludzewo wohnhaft, auf Zahlung von 300 Rt. nebst 6 Proz. Zinsen seit 31. Januar cr. an den p. Wanner und von 500 Rt. nebst 6 Proz. Zinsen seit 31. Januar cr. und 3 Rt. 15 Sgr. Protestkosten an den p. Stellbaum aus dem von dem Grafen von Frankenberg am 18. Dezember 1860 über 800 Rt. ausgestellten, von dem Baron von Lüttwitz acceptirten Wechsel geklagt.

Zur Beantwortung der Klage und mündlichen Verhandlung haben wir einen Termin auf

den 8. August d. J.,
Vormittags 9 Uhr,

vor dem Collegio im kleinen Verhandlungszimmer hieselbst angesetzt, zu welchem die beiden Verklagten, Louis Baron von Lüttwitz und Graf Louis von Frankenberg, welche ihren frühern Wohnort Skludzewo verlassen haben und deren jetziger Aufenthaltsort unbekannt ist, hiemit öffentlich vorgeladen werden, unter der Verwarnung, daß bei ihrem Ausbleiben der Wechsel in Contumaciam als von ihnen recognoscirt angenommen, und dem zufolge nach dem Klageantrage gegen sie erkannt werden wird.
Thorn, den 19. April 1861.

Königl. Kreis-Gericht.
1. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Das über das Vermögen des Fleischermeisters **Joh. Gottfr. Pich** mittelst Beschlusses vom 26. Februar 1858 eröffnete Concursverfahren ist beendigt.
Danzig, den 19. April 1861.

Königl. Stadt- u. Kreis-Gericht.
1. Abtheilung.



Nachdem wir im Besitz von drei neu erbauten Frachtkähnen, zum Befahren des

Oberländischen Canal's,

nehmen wir Frachtgüter aller Art, sowie Getreide und Spiritus nach Elbing resp. Danzig und Königsberg und in Elbing Herr Moritz Mühle Frachtgüter nach hier und den Hinterstädten namentlich Gilgenburg, Hohenstein, Neidenburg u. Soldau, an.

Ueber Frachtsätze und Lieferungszeit ertheilt Herr Moritz Mühle in Elbing und die Unterzeichneten, hier, gerne Auskunft.
Osterode im April 1861.

Isr. Samulon's Wwe. & Sohn.

Auktion mit Portland-Cement zu Neufahrwasser.

Donnerstag, den 2. Mai 1861, Nachmittags 4 Uhr, werden die unterzeichneten Mäkler auf Verfügung Eines Königl. Commerz- und Admiralitäts-Collegii **in Neufahrwasser im Speicher des Herrn E. A. Lindenberg,** — gleich hinter den Salz-Magazinen — durch öffentliche Auktion an den Meistbietenden gegen baare Bezahlung in Pr. Crt. verkaufen:

374 Tonnen Portland-Cement von der Marke Robins u. Co.,

mehr oder weniger stark durch Seewasser beschädigt, welche aus dem Schiffe „Geertje" — Capitain J. J. Pomper entlöscht worden sind.
[4265]

Rottenburg. Mellien.

Gefunden. Eine Uhrkette mit Berloque, abzuholen Hundegasse 5, eine Treppe hoch.

Bekanntmachung.

Königliche  **Ostbahn.**

Nachdem die Bahnstrecke Wirballen-Kowno der russischen Anschluß-Bahn am 23. d. Mts. dem Betriebe übergeben worden ist, wird der bisherige beschränkte Betrieb auf der diesseitigen Bahnstrecke Stallupönen-Eydtkuhnen vom 1. k. Mts. ab aufgehoben. Von diesem Tage ab treten in dem für die qu. Bahnstrecke bestehenden Fahrplan nachstehende Modificationen ein:

Richtung: Stallupönen-Eydtkuhnen.

Stationen:		I. Schnellzug U.	M.	III. Personenzug U.	M.	V. Güterz. mit Personenbeförderg. U.	M.
		Abds.		Vorm.		Nachm.	
Stallupönen	Ankunft	6	34	8	46	3	38
	Abfahrt	6	39	8	51	4	3
Eydtkuhnen	Ankunft	6	55	9	10	4	34
				Nachm.			
	Abfahrt	7	15	9	32	—	—
Wirballen	Ankunft	7	20	9	37	—	—
	Abfahrt	8	50	11	—	—	—
Kowno	Ankunft	11	35	1	45	—	—
		Nachts		Nachm.			

Richtung: Eydtkuhnen-Stallupönen.

Stationen.		II. Schnellzug U.	M.	IV. Personenzug. U.	M.	VI. Güterz. mit Personenbeförderg. U.	M.
		früh.		Nachm.			
Kowno	Abfahrt	5	40	3	—	—	—
Wirkallen	Ankunft	8	29	5	45	—	—
Eydtkuhnen	Ankunft	9	—	6	10	—	—
						Vorm.	
	Abfahrt	10	22	7	39	11	18
Stallupönen	Ankunft	10	36	7	58	11	49
	Abfahrt	10	41	8	3	12	14
		Vorm.		Abds.		Mittgs.	

Gleichzeitig hören die Schnell- und Personenzüge auf jener Strecke auf, gemischte Züge zu sein. Es befördern alsdann die Schnellzüge daselbst nur Personen in der I. und II., und die Personenzüge in der I., II. und III. Wagenklasse.

Die zwischen Stallupönen und Eydtkuhnen coursirenden Güterzüge befördern Reisende in der II., III. und IV. Wagenklasse.

Der Gang der Züge auf den übrigen Bahnstrecken der Ostbahn bleibt unverändert.

Nach dem diesseitigen Grenz-Bahnhofe Eydtkuhnen und dem russischen Grenz-Bahnhofe Wirballen findet ein Billet-Verkauf und eine directe Expedition des Passagier-Gepäcks, sowohl von den sämmtlichen Stationen der Ostbahn, als auch von den Stationen Berlin, Fürstenwalde, Stettin, Posen und Breslau statt.
Bromberg, den 25. April 1861.

Königliche Direction der Ostbahn. [4278]

Dem jetzigen so überaus fortgeschrittenen Standpunkte der Chemie völlig und wahrhaft entsprechend, ist

= Dr. Béringuier's aromatischer Kronengeist (Quintessenz d'Eau de Cologne) **=**

bereits von Sachverständigen ersten Ranges als eine glückliche Composition seltenster Art anerkannt und wird sicherlich auch jedem Consumenten einen kaum gekannten köstlichen Genuß und thatsächlichen Nutzen bereiten. **Alleinverkauf** in Originalflaschen zu 12½ Sgr. bei

Albert Neumann, Langenmarkt 38 in Danzig,
sowie bei **J. Hensel** in Dirschau, und bei **J. Th. Küpke** in Pr. Stargardt. [4242]

Auction mit polnischen fichtenen Rundhölzern.

Dienstag, den 30. April 1861, Vormittags 10 Uhr, werden die unterzeichneten Mäkler auf dem **Holzfelde am blanken Hause, 403 Stück Rundhölzer, in einem Haufen lagernd, ferner: 216 Stück Rundhölzer, in dem in der Nähe befindlichen Stadtgraben liegend, letztere zu Masten, Spieren, Mühlenruthen** u. s. w. verwendbar, durch öffentliche Auction an den Meistbietenden gegen baare Zahlung verkaufen.

Das Aufmaaß der 216 Rundhölzer ist beim Holz-Capitain Hrn. Romey und den Unterzeichneten zu erhalten.
[4185]

Rottenburg. Mellien.

Wir empfingen heute eine Parthie
neue Bastmatten,
die wir billigst offeriren
Emmendörfter & Nagel,
Langenmarkt 31.

Der anerkannt vorzügliche Stettiner
Portland-Cement
ist in Danzig nur allein zu kaufen bei
J. Robt. Reichenberg,
[3540] **Fleischergasse No. 62.**

Für Landwirthe.

Baker-Guano, enthaltend laut Analyse des **Freiherrn Dr. v. Liebig,** ca. 80% Phosphorsauren Kalk, empfiehlt billigst
Richd. Dühren,
4138] Poggenpfuhl No. 11.

Elegante
ECHTE PANAMA-HÜTE,
gewöhnlicher Preis **4—15 Thaler,**
sind jetzt zu **20 Sgr. — 1 Thlr. — 1½ Thlr. & 2 Thlr. en gros & en détail** direkt zu beziehen von
D. Belmonte & Co., Hamburg.
Fr. Aufträge enth. Maasse werden **prompt** und **reell** pr. Postnachnahme effectuirt; bei Dtz. Bestellungen 10% Rabatt. [4066]

Frische Rübkuchen
empfiehlt frei ab den Bahnhöfen zwischen Hohenstein und Warlubien à Ctr. 2 Thlr.
[4116] **R. Bäcker** in Mewe.

Die Niederlage der [4261]
Contobücher-Fabrik
von Carl Kühn & Söhne in Berlin bei
Gebrüder Vonbergen,
Langgasse No. 43,
empfiehlt ihr wohlassortirtes Lager zu Fabrikpreisen.

Edamer u. holländ. Süssmilch-Käse
empfiehlt in prima Waare billigst
C. W. H. Schubert, Hundegasse 15.

Reine Havanna-Cigarren, unsortirt, pro Mille 20 Thlr. empfiehlt
F. Büttner,
[4262] Jopengasse No. 32.



200 Mutterschafe, welche sich zur Zucht eignen, stehen in **Jeseritz** bei **Pr. Stargardt** zum Verkauf. Abnahme am 1. August d. J. [4264]

Wer weiße 16- bis 18-zöllige Marmorfliesen, sowie einen Kamin mit weißer Marmor-Einfassung zu verkaufen hat, melde sich im Comtoir, Hundeg. 109.

Nro. 820 und 861 kauft zurück die Expediton.

Fast neue Rumstücke und andere Gebinde sind zu verkaufen Jopengasse 21.

Es stehen zum Verkauf:

1) Ein Rittergut von **2282** Morg. pr., davon 1686 M. Acker, 163 M. Wiesen in 385 M. hübschen Waldes, ¾ M. von d. Stadt, 2 M. von d. Chaussee, mit sehr gutem, warmen kleefähigem Roggenbodenlande, worunter auch Weizenland, Hauptgut mit 5-, Vorw. mit 3 Felderwirthschaft, m. 300 Schfl Winterung, mit gutem Inventario, worunter 300 Schafe (mit 200 Mutterschafe), mit sehr guten, fast durchweg ganz neuen Gebäuden, wovon ein Wohnhaus 80' l. 40' br. mit Souterrain, 1 Saale und sieben Stuben, 1 Gesindestube, 2 Scheunen 400' l. 40' br., 3 Stallgebäuden, 1 Speicher, 1 Brauhaus mit Doppelpistorius auf 1½ Ohm täglich, großen Kellerräumen, 1 Schmiede, 2 Obstgärten mit 2 Teichen, 120 Rt. Abgaben für **37000** Rt. bei **15000** Rt. Angeld, wird sehr feste Hypothek übergeben. Ein großes Moderlager befindet sich im Gut.

2) Ein Gut **1340** M. pr., davon **700** Mrg. Acker, 340 M. Wald, 200 M. Wiese, 100 Morgen Weide, mit sehr tragbarem Roggenboden (Lehm und schwarzer Grund) 162 Schfl. Winterung, 12 Schfl. Weizen, 250 Schfl. Sommerung, 900 Schfl. Kartoffelaussaat, 300 Schafen, 20 Pferden, 60 Rothvieh, 20 Schweinen, 100 Gänsen, 8 Wagen, incl. Verdeckwagen, mit guten, fast durchweg neuen Gebäuden, wovon das Wohnhaus sehr schön, vor 3 Jahren erbaut, 1½ Stock hoch, 80' lang 40' breit, ganz massiv, 1 Brauhaus, 1 Windmühle, 1 Obstgarten, 12 Rt. Abgaben, feste Hypothek für **36,000 Thlr.** mit **12—10,000 Thlr.** Angeld. Der Wald ist sehr gut, bestanden, grün, Tannen und Kiefern und sind viele Balkenhölzer darunter, Lage schön.

Gerss in Lötzen in Ostpreußen,
[4281] Stadtverordneten-Vorsteher u. Güter-Agent.

Mein Comptoir befindet sich jetzt in meinem Hause, Breitegasse No. 79.
Daniel Alter.

Einem geehrten Publikum erlaube ich mir die ergebene Anzeige, daß ich gesonnen bin, hier am Orte gründlich systematischen Unterricht in der Musik zu ertheilen, und zwar: im Clavierspiel, Partiturspiel verbunden mit der Lehre des Instrumentirens, so wie in der Theorie und Gesang.

Ich hoffe um so mehr auf gütige Aufträge eines geehrten Publikums, als ich meine Studien auf dem Conservatorium der Musik zu Leipzig absolvirt, auch längere Zeit als Musikdirector am Theater fungirt habe.

J. Maecklenburg,
Langgarten No. 58.

Eine freundliche Stube nebst Kabinet, Küche, Boden, Keller und sonstigen Bequemlichkeiten ist gleich zu vermiethen. Näheres Lastadie 25.

Eine Eleve für die Landwirthschaft findet **sogleich** auf einem kleineren Gute in der Nähe von Danzig unter vortheilhaften Bedingung **ein Unterkommen.** Näheres **Langenmarkt 35.**

Ein junger Mann, welcher seit 6 Monaten seine vierjährige Lehrzeit in einem bedeutenden Kurzwaaren-, Porzellan- und Eisen-Geschäft beendet hat, gegenwärtig noch in Condition steht, sucht, um sich noch mehr auszubilden, in einem ähnlichen Geschäfte eine Stelle als Commis. Das Nähere Glockenthor No. 5 zu erfragen.

Für ein bedeutendes Wein-Geschäft wird zur Erlernung der Küferei ein junger Mann gesucht. Nähere Auskunft hierüber ertheilt
[4236] **A. F. du Bois** in Elbing.

Von zwei verschiedenen Seiten der hiesigen Umgegend her ist mir die Mittheilung gemacht worden, daß reisende Frachtfuhrleute in den Ortschaften des hiesigen Regierungs-Bezirks Obststämme ausbieten, die in meiner Baumschule **veredelt und gezogen** sein sollen. Ich muß dieser Behauptung vollständig widersprechen, da ich an Händler keinen Baum aus meiner Schule verkauft habe.
Danzig, den 27. April 1861.

H. Notzoll.

Durch die fortgesetzten gemeinen Annoncen des Portraitmalers C. D. Franz bin ich gezwungen dem Publikum gegenüber zu erklären, daß meine Tochter Wilhelmine wegen zu roher Behandlung das Haus desselben verlassen mußte. Was übrigens die Annoncen betrifft, so wird Jedermann, der den Franz kennt, wissen, was von denselben zu halten ist.

B. Hopp.



Da sich die
G. Kreutzberg'sche Menagerie
nur noch einige Tage hier aufhält, so findet an jedem dieser letzten Tage eine
außerordentliche Vorstellung
mit 3 neuen Abwechselungen statt.

1. Abtheilung:
Das Afrikanischr Gastmahl,
ausgeführt von Fräul. Cäcilie mit den Raubthieren.

2. Abtheilung:
Daniel in der Löwengrube,
ausgeführt von Kreutzberg jun.

3. Abtheilung:
Der Kampf mit dem Löwen,
ausgeführt von Kreutzberg sen.

Zum Schluß große Productionen der beiden Elephanten und Hauptfütterung sämmtlicher Raubthiere. Anfang der Vorstellung 5 Uhr.

G. Kreutzberg.

Stadt-Theater in Danzig.

Montag, den 29. April,
(Extra-Abonnement No. 8.)
Vorletzte Vorstellung in dieser Saison.
Abschieds-Benefiz für Frau v. Marra-Vollmer.
Der Postillon von Lonjumeau.
Komische Oper in 3 Akten, nach dem Französischen von Friedrich. Musik von Adam.
*** Magdalene — Frau von Marra-Vollmer.
(Gewöhnliche Preise).

Dienstag, den 30. April.
Letzte Vorstellung.
Letztes Auftreten der Frau von Marra-Vollmer.
Orpheus in der Unterwelt.
Burleske Oper in 4 Akten von Hector Cremieux. Musik von Offenbach.
Vorher:
Schattentanz-Arie aus Dinorah,
vorgetragen von Frau von Marra-Vollmer.
Zum Schluß der Vorstellung:
Liedervorträge
der Frau von Marra-Vollmer.
(Gewöhnliche Preise).

R. Dibbern.

Meteorologische Beobachtungen.
Observatorium der Königl. Navigationsschule zu Danzig.

April	Stunde	Barom.-Stand in Par.-Linien	Therm. im Freien n. R.	Wind und Wetter.
28	12	332,29	+5,0	W. windig; böhig, Regensch. Morg. hell, Nachm. Schneeb.
29	8	332,12	+2,0	SW. ruhig; dicke Schneeluft, später fast ganz klar.
	12	332,60	+0,1	NW. frisch; dick, seit 11½ Uhr Schnee.

Hiezu eine Beilage.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.

Beilage zu No. 893 der Danziger Zeitung.

Montag, den 29. April 1861.

Landtags-Verhandlungen.

[Herrenhaus.] 20. Sitzung am 27. April. Am Ministertische die Herren: Staatsminister Fürst zu Hohenzollern, v. Bernuth, Graf v. Pückler, Graf v. Schwerin, v. Bethmann-Hollweg, v. d. Heydt und drei Reg.-Commissarien.

Präsident Prinz zu Hohenlohe. Erster Gegenstand der Tagesordnung: Commissions-Berichte über den, die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse in Neu Vorpommern und Rügen betreffenden Gesetzentwurf. Die Commission stellte den Antrag, dem Gesetzentwurfe die Zustimmung nicht zu ertheilen. Zu dem Berichte ist ein Verbesserungs-Antrag von Hrn. Dr. Götze eingebracht, den Gesetzentwurf dem Communal-Landtag von Neu-Vorpommern zur Begutachtung zu überweisen, der genügende Unterstützung findet.

Hr. Hering theilt als Berichterstatter das Wesentliche des Commissionsberichtes mit, wobei er Nachweis darüber giebt, wie die gesetzlichen Bestimmungen und Anordnungen über Regulirung gutsherrlicher und bäuerlicher Verhältnisse in anderen Theilen der Monarchie von ihrer Anwendung auf Neuvorpommern und Rügen bisher ausgeschlossen waren. An der Discussion dieses Gesetzes, welches das Haus mehr als zwei Stunden beschäftigte, betheiligen sich die Herren Dr. Götze, v. Kleist-Retzow, v. Meding, Bornemann, welche den Entwurf bekämpfen, insoweit sie dessen Verweisung an den Provinzial-Landtag verlangen, während die Herren Jaehnigen und Baumstark den Entwurf vertheidigen. Schließlich wird der Antrag der Commission, den Entwurf an den Provinzial-Landtag zu überweisen, mit großer Majorität angenommen und das Haus wendet sich dem zweiten Gegenstande der Tagesordnung zu, den Entwurf, die Eide der Juden betreffend.

Der Berichterstatter Hr. Dr. Zander giebt einen geschichtlichen Nachweis über die zunehmende Milderung in der Form der Judeneide und wiederholt sodann im Wesentlichen den Inhalt des Berichtes und schließt mit Empfehlung der Commissionsanträge: 1) principaliter dem Gesetzentwurf die Zustimmung zu versagen; 2) event. dem Entwurf, wie er aus den Beschlüssen des Hauses der Abgeordneten hervorgegangen, die Zustimmung zu ertheilen, jedoch dem Entwurf 3) folgenden Zusatz als § 3 hinzuzufügen: Die Vorschrift im § 369 Tit. 10 Th. I. der Allgemeinen Gerichts-Ordnung findet hinfort auch bei Eidesleistungen der Juden statt.

Herr Rummel spricht sich gegen die Commissionsanträge aus und glaubt, daß wenige Leser des Berichtes zu dem Beschlusse der Commission gelangen und namentlich auch das Bedürfniß nicht anerkennen würden, die vorliegende Frage an die Regierung zu weiterem Bedenken zurückzuweisen. Er sei überzeugt, daß alle Umstände, welche in der Entscheidung der vorliegenden Frage concurrirten, dazu auffordern, die Vorlage anzunehmen.

Graf Hoverden. Der echte Jude sei seiner vielen lästigen Ceremonialgesetze wegen, die er streng beobachte, nur um so mehr zu achten. Als Fremdlinge seien sie ins Land gekommen und hätten Aufnahme gefunden; das volle Staatsbürgerrecht aber müsse erworben und dürfe nicht gefordert werden. Sowohl der Commissionsbericht, so wie auch der betreffende stenographische Bericht im Abgeordnetenhause legten Zeugniß für die Gründlichkeit ab, mit der man in die Berathung über den Gegenstand eingegangen sei. Halte man daran fest, dann werde man gerade im Interesse der Juden die Vorlage abweisen müssen, um die Juden nicht zur Entweihung des Sabbaths und zu leichtsinnigem Verhalten in religiöser Angelegenheit zu verleiten. Für Juden ohne Religion werde kein Eid bindend sein und sei daher die Vorlage, da man ein Bedürfniß dazu nicht nachzuweisen vermöge, einfach abzulehnen.

Der Justizminister v. Bernuth. Ich glaube die Debatte auf den Standpunkt zurückführen zu müssen, der überhaupt für die Frage nur zulässig ist. Der Minister giebt speziellen Nachweis über den allmäligen Uebergang von dem ältern Ceremoniale bei den Judeneiden bis zu dem neueren und verliest dann mehrere Stellen von Moses Mendelssohn, nach welchen es nicht nur zulässig, sondern sogar wünschenswerth sei, jene Eidesformen recht bald zu vereinfachen. Seit der Zeit dieser Urtheile sind 80 Jahre verflossen und ich constatire mit Rücksicht auf jene und auf die Entwickelung seit jener Zeit, daß, wenn ich namentlich an die 537 zur Frage eingegangenen Petitionen erinnere, die Vorlage in der That ein zeitiges Bedürfniß befriedigt. Es sei überhaupt nicht als etwas absolut Neues zu bezeichnen, was die Vorlage wolle, denn schon vielerwärts habe man dem Judeneid eine einfache Form gegeben. Er (der Redner) könne daher vom Standpunkte der Regierung nur empfehlen, dem Entwurfe zuzustimmen, um einen abgeschlossenen Gegenstand, wie die vorliegende Frage es sei, endlich zur Erledigung zu bringen.

Herr Bloemer spricht für, Herr v. Rabenau gegen den Entwurf, Beide, ohne neue Gründe beizubringen, es sei denn des Letzteren Bemerkung, daß der Jude, der bisher zu Adonai geschworen, nicht in Zukunft mit den Christen zu Gott dem Allmächtigen schwören könne, zu dem Gott, aus welchem Christus, der Heiland, hervorgegangen sei.

Herr Graf v. Rittberg ist, unter zunehmender Unruhe im Hause, bemüht, die für die Ablehnung der Vorlage beigebrachten Gründe zu widerlegen, und führt besonders an, daß unsere Prozeßordnung zu einer deutschen Prozeßordnung führen solle, und daß dazu es sich wohl als dringend empfehle, dem Gesetzentwurfe auch dem eventuellen Antrage zuzustimmen. — Der nun beantragte Schluß der allgemeinen Discussion über den Entwurf und § 1 wird angenommen und darauf in namentlicher Abstimmung mit 74 gegen 35 Stimmen § 1 der Vorlage verworfen, worauf der Herr Justizminister den Präsidenten ersucht, die fernere Discussion über den Entwurf bis auf Weiteres zu vertagen. Dies erfolgt und wird dann zum dritten Gegenstande der Tages-Ordnung, einem Commissions-Bericht über die in Ehesachen eingegangenen Petitionen, übergegangen, indem ohne jede Diskussion die Petitionen nach dem Beschlusse des Hauses über den das Eherecht betreffenden Gesetzentwurf als erledigt vom Hause erklärt werden.

Nächste Sitzung Dienstag.

---

41. Sitzung des Abgeordneten-Hauses am 27. April.

Präsident Dr. Simson eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mittheilungen. Am Ministertische die Herren v. d. Heydt, v. Bernuth. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung nimmt der Freiherr v. Vincke (Hagen) das Wort, um das Haus auf das dissentirende Votum der Herren Anker und Genossen über den Niegolewski'schen Antrag, wie er gestern im stenographischen Bericht abgedruckt worden ist, aufmerksam zu machen. Er bestreitet den Herren die Befugniß, in solcher Weise einen Beschluß des Hauses zu critisiren und hofft, daß künftig dergleichen Vota nicht mehr in den stenographischen Bericht aufgenommen werden.

Der Präsident: Nach § 59 der Geschäftsordnung hat jeder Abgeordnete das Recht, seine Abstimmung kurz motivirt in den stenographischen Bericht aufnehmen zu lassen; ich habe nicht geglaubt, in dem vorliegenden Falle die Aufnahme verweigern zu sollen. Die Herren v. Forkenbeck, v. Hoverbeck, Lietz einerseits, Freiherr von Vincke andererseits treten darüber in Discussion, worauf das Haus zur Debatte über den Entwurf, die Competenz der Ober-Bergämter betreffend, übergeht. Der Referent Herr Karsten beantragt, daß die General-Discussion mit der über § 1 verbunden wird. Zu § 6 ist von dem Abg. Müller (Mansfeld) der Antrag gestellt, hinter Rohmetalle einzuschalten: Arsenik, Schwefel, Alaun.

Herr v. Beughem verlangt die Aufhebung der Ober-Bergämter, in finanzieller Beziehung sei der Regierungs-Entwurf nicht anzuempfehlen. Wolle man andererseits behaupten, daß, seitdem die Selbstverwaltung der Privat-Bergwerke eine große Ausdehnung erfahren, die Bergämter nicht mehr nöthig seien, so beweise man damit nur, daß die Ober-Bergämter erst recht überflüssig sind. Hebt man die Ober-Bergämter auf, so wird gar keine Störung eintreten, während die Uebertragung der Geschäfte der Berg- auf die Ober-Bergämter geradezu hemmend wirkt. Heben Sie die Bergämter auf, so zerstören Sie den natürlichen Zusammenhang zwischen dem Bergbau und den Behörden.

Dieser Redner ist der Einzige, der sich gegen die Vorlage erklärt, die demnächst noch von den Abgg. Overweg, Kühne (Berlin), Strohn und dem Referenten Abg. Karsten vertheidigt wird. Der Handelsminister weist darauf hin, daß die Ersparniß nicht das entscheidende Moment für die Vorlage gewesen sei. Besonders entscheidend sei die Frage gewesen, in welcher Weise eine Vereinfachung der Verwaltung im Interesse der Verwaltung selbst herbeigeführt werden könne, und dies geschehe dadurch, daß man nur die vier Oberbergämter bestehen lasse und diesen den Rang einer Provinzialbehörde beilege. Nach vielfachen Discussionen von ganz speziellem Interesse wird die Vorlage alsdann vom Hause theilweis nach der Regierungsvorlage, theilweis nach dem Commissionsvorschlage angenommen, nachdem die Regierung sich mit den angenommenen Abänderungen einverstanden erklärt hatte.

Das Haus geht zum Bericht über die Anträge der Abgg. Behrend und Carlowitz, betreffend den Erlaß eines Gesetzes über die Ministerverantwortlichkeit über.

Referent Hr. Dr. Gneist. Ein Antrag des Abg. Behrend verlangt die Zurückweisung in die Commission, der Abg. Reichensperger (Köln) schlägt eine motivirte Tagesordnung vor.

Hr. Behrend (Danzig) nimmt zuerst das Wort. Er will nicht so sehr die Zeit als die Aufmerksamkeit des Hauses in Anspruch nehmen. Die Anträge, die hier gemacht sind, sind rein constitutioneller Natur, und im Jahre 1851 habe der Präsident eine Interpellation über diesen Gegenstand an das Ministerium gerichtet, später habe Wentzel einen von dem Redner nur reproducirten Entwurf ausgearbeitet und in jeder Session, habe dieser hochverehrte Mann gemeint, müsse die Ausführung des Art. 61 der Verfassung in Erinnerung gebracht werden. Damals sei der Antrag Wenzels von Männern wie Harkort, Braehmer, Kühne, Patow unterstützt worden. Er habe nicht verstanden, was das heißen solle, die Garantie gegen Verfassungs- und Gesetzesverletzungen der Minister liege in dem Gewissen der Minister. Der Commissions-Antrag habe nach der Erklärung der Regierung in der Commission keinen Gegenstand mehr. Anders sei es mit seinem Gesetzentwurf. Er lege einen großen Werth auf das Recht der Initiative, seitdem Seitens des Ministeriums ein gewisses Widerstreben gegen diese Initiative des Hauses sich kund gegeben. Gerade die zarte Materie, um die es sich hier handelt, verlange die Initiative des Hauses. Man könne nicht verlangen, daß das Ministerium selbst die Steine zum Baue zusammentrage, der seinem Wirken bestimmte Grenzen ziehen soll. Redner bittet, den Entwurf der Commission zur Prüfung anzuempfehlen.

Herr von Rosenberg-Lipinsky hat nur die Absicht, sein Votum für den Commissions-Antrag zu motiviren. Unberechtigt sind die materiellen Bedenken gegen den Antrag, unberechtigt die Behauptung, ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz verletze das Ansehen der Krone. Dies Gesetz wird im Gegentheil des monarchischen Princips, der Krone Schutz und Trutz sein, und die Krone vor äußerlichen schädlichen Einflüssen schützen. Ein solches Argument ist abzuweisen; nicht einer im Hause will das monarchische Princip verletzen. So lange der Art. 61 besteht, muß man auf seine Ausführung dringen, will man kein Ministerverantwortlichkeitsgesetz, so soll man die Aenderung des Art. 61 beantragen. Man betheuert immer seine Verfassungstreue, und wird einmal etwas gefordert, das in der Verfassung steht, dann heißt es: „Das geht nicht, das verletzt das monarchische Prinzip.“ Nicht den Schlußstein, sondern das Dach der Verfassung bildet das Gesetz. Mögen Sie die Verfassung unter Dach bringen.

Herr Wagener (Regenwalde) erkennt mit seinen Freunden an, daß die Alternative gegeben ist, den Art. 61 aufzuheben oder auszuführen und daran denken er und seine Freunde und haben immer daran gedacht; der Art. 61 ist schädlich und gefährlich und nicht ausführbar. Der Bericht sei eine schöne Blumenlese von Ansichten, die Erklärung der Regierung in der Commission sei sehr auf Schrauben gestellt, und der Wechsel des Justizministers kann unmöglich auf die Einbringung dieses Gesetzes hemmend eingewirkt haben. Da muß es etwas anders liegen; — die Sachen sehen sich von den Bänken der Opposition anders an als von den Ministerstühlen aus. Wir wünschen eine nach oben und unten erträgliche Ministerverantwortlichkeit, es sei sehr zweifelhaft, ob das gestern berathene Gesetz nicht auf die Minister auch seine Anwenwendung finden könnte. Das Bedürfniß der Regulirung der Frage ist begründet, aber die Regulirung ist nur möglich in Verbindung mit der Verantwortlichkeit der Justizbeamten. Der Art. 106 der Verfassung muß auch aufgehoben werden, und will man immer englische Zustände auf unsere übertragen, so nehme man auch von den englischen Zuständen an, was erträglich ist. Die Verantwortlichkeit der Minister ist unvereinbar mit der Unabhängigkeit der Krone. Der König ist der Herr des Ministers und nicht die Landesvertretung. Eine Anklage von Ministern seien selten, meint man; also sei die Einführung dieser Institutionen unverfänglich. Das ist falsch — darin liegt nicht der Schwerpunkt, sondern darin, daß der Schwerpunkt von der Krone nach der Landesvertretung gelegt wird. In England ist die Anklagestellung der Minister nicht auf eine Verfassungsverletzung beschränkt, sondern sie tritt ein, wenn ein Vergehen vorliegt, wegen dessen jeder andere auch bestraft wird, und so ist es auch in Amerika. Das Gesetz ist nicht der Schlußstein der Verfassung, sondern der Schlußstein Ihres Systems; unser Schlußstein ist das Königthum. Heut, wo die Wolken immer dichter werden, wo das alte Europa in allen Fugen kracht, ist die höchste Concentration der Gewalt nothwendig. Die Anträge haben den sehr pikanten Beigeschmack eines Mißtrauensvotum gegen das Ministerium. Dem Gesetzentwurf Behrend ist der Vorzug zu geben; der Minister von Manteuffel war viel verfassungstreuer als das jetzige Ministerium; er hat damals einen solchen Entwurf vorgelegt, der freilich von der damaligen ersten Kammer abgelehnt wurde. Der Antrag Carlowitz ist nicht warm nicht kalt.

Herr Dr. Beseler. Je nach dem practischen Beurtheilen der Lage müsse man die Frage einrichten. Art. 43: Die Person des Königs ist unverletzlich. Art. 44: Die Minister des Königs sind verantwortlich. In diesen Worten liegt der Kern der Frage; die Kluft ist herauszufühlen, sie muß ausgefüllt werden. Die deutschen Landesherrn haben in früheren Zeiten vor Gericht gestanden — heut ist die Unverletzlichkeit der Krone durch die Verantwortlichkeit der Minister möglich gemacht worden. Diese Institution wäre aber eine Illusion, wenn sie nicht rechtlich geregelt werde und deshalb ist der Artikel 61 der Verfassung da. Schwer ist die Frage zu lösen, aber das darf von der Lösung nicht abhalten. Der Begriff der Verfassungsverletzung ist leicht durch den Begriff von einem Verbrechen zu präcisiren. Bei der Stellung der Staatsminister kommen aber ganz andere Verhältnisse in Betracht, als bei andern Staatsbeamten; das Verbrechen der Verfassungsverletzung müsse aber seine entsprechende Strafe haben. Den Ausführungen des Referenten kann man nicht überall beistimmen. Die Verantwortlichkeit auf die Verfassungsverletzung beschränken oder auf jede Gesetzesverletzung ausdehnen, ist eine Frage der Gesetzmäßigkeit, nichts weiter. Auf Absolutismus kommen die feinen Deductionen alle zurück, welche von Verletzung des monarchischen Prinzips 2c. sprechen. Wer wird denn einen Minister wegen eines ungeschickt abgeschlossenen Vertrages u. s. w. verantwortlich machen wollen? Es handelt sich hier um das Verbrechen der Verfassungsverletzung, und was eine solche Verletzung sei, darüber herrsche im Volke kein Zweifel. Wollen Sie eine volle Freiheit im besten Sinne des Wortes, dann müssen Sie verantwortliche Minister haben, die die Allerhöchste Person decken mit ihrer Verantwortlichkeit. (Bravo!) Der treue Gehorsam ist nicht, daß der Minister gehorcht, was man ihm befiehlt; der treue Gehorsam besteht darin, daß er sich identificirt mit dem Willen des Trägers der höchsten Gewalt. Gäbe es in Preußen einen Mann, der ein verfassungswidriges Gesetz in Ausführung zu bringen versuchte, dann werde ihn sicherlich das Gesetz ereilen. Die Verfassung muß erfüllt werden.

Herr Reichensperger (Köln) erläutert die Gründe, warum er eine motivirte Tagesordnung eingebracht; (der Redner ist kaum verständlich bei der Unruhe im Hause). Abtrünnige sind er und seine Freunde nicht, indem sie diesen Antrag stellen; der Vorwurf ist ungerecht und gebührt eher den Herren rechts; jedenfalls sei Hrn. Behrend zu danken, daß er sie nicht für Reactionäre mit rückwirkender Kraft erklärt habe. Die Ministerverantwortlichkeit ist nicht etwa ein neuer Begriff, er ist uralt. Hier handelt es sich nur um die Opportunität der Frage. Erklärt man die Angelegenheit für eine fällige Ehrenschuld, so klingt es komisch, daran eine bestimmte Zeit zu knüpfen, wo diese Schuld erst gezahlt werden soll. Wie sehr Opportunitätsrücksichten, Anschauungen wechseln, das kann man jeden Tag sehen; solche Wechsel dürfe man nicht weiter trassiren. Es giebt immer Schlagwörter, die man in Anwendung wird bringen können, und die mehr wirken, als der gemüthliche constitutionelle Weg. Man müsse sehr vorsichtig sein, wenn es sich darum handelt, die Macht der Krone nach außen und nach innen zu modifiziren. Wenn aber auch ganze politische Windstille herrschte, so müsse man doch bedenken, daß aus den jetzigen Berathungen ein genügendes Resultat nicht zu erwarten ist. Der fleißigste und schreibseligste Professor der Nationalversammlung, Mittermayer, hat ein zwei Finger dickes pro memoria über die Ministerverantwortlichkeit geschrieben, und das Gesetz ist doch damals ad acta gelegt worden. Und in den Ländern, wo verantwortliche Minister sind, geht es nicht besser her, als bei uns; ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz ist eine Art Staatsstreich.

Der Regierungs-Commissar Justizrath Friedeberg wiederholt die bereits in der Commission abgegebene Erklärung auf die Gefahr hin, daß sie von Herrn Wagener ungenügend befunden werde. Die Regierung hofft, schon in der nächsten Session das Gesetz vorlegen zu können.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt, die Debatte vertagt.

Nächste Sitzung Montag. Auf der Tagesordnung: Gewerbegesetz, schlesische Eisenbahnen, Gebirgs- und Oderbahn.

Deutschland.

Berlin, 26. April. Die Abgeordneten Behrend und Genossen haben in Beziehung auf die Abstimmung über den Niegolewski'schen Antrag das folgende dissentirende Votum abgegeben:

„Die unterzeichneten Abgeordneten haben in der heutigen Sitzung des Hauses gegen die von der Commission für die Geschäftsordnung in deren Bericht (No. 147 der Drucks.) über den Antrag des Abg. v. Niegolewski beantragte einfache Tagesordnung gestimmt und motiviren ihre von dem Beschlusse der Mehrheit abweichende Abstimmung, wie folgt:

Durch den Beschluß des Hauses vom 20. März c. ist der Antrag des Abg. v. Niegolewski der bezeichneten Commission Behufs der Vorprüfung der Zulässigkeit rücksichtlich seiner Verfassungswidrigkeit überwiesen.

Nach der Geschäftsordnung (§ 25) soll jeder förmlich eingebrachte, das heißt (§ 24) jeder von 15 Mitgliedern unterstützte und mit Motiven versehene Antrag eines Mitgliedes durch den Präsidenten den gewöhnlichen Stadien der Vorbereitung zur Plenarberathung überwiesen, und alsdann auf die Tagesordnung derselben gesetzt werden. Eine Prüfung des Inhalts der Anträge, eine materielle Prüfung als Bedingung von deren Zulassung im Hause, kennt die Geschäftsordnung nicht, vielmehr können Bedenken gegen Inhalt und Tendenz eines Antrags, wie z. B. dessen Gesetz- und Verfassungswidrigkeit, nur einen Grund zu seiner Verwerfung abgeben, nicht aber zur Ausschließung der Verhandlung darüber, indem ja durch die letztere erst das Zutreffen dieser Momente festgestellt werden muß. Es leuchtet ein, wie bedenklich die Bildung einer solchen Zwischeninstanz zwischen dem Hause und dem Antragsteller ist, welche eine materielle Kritik über den Inhalt der Anträge als Vorprüfung vor deren Zulassung übt, indem dadurch der Majorität stets die Möglichkeit in die Hände gegeben wird, jeden Antrag der Minorität wegen vermeintlicher Unzulässigkeit von der materiellen Discussion im Plenum auszuschließen. Die Unterzeichneten müssen sich gegen diese Consequenzen des in Rede stehenden Beschlusses verwahren.

Außerdem verstößt aber auch, nach der Ueberzeugung der Unterzeichneten, der von der Commission in ihrem Bericht gestellte Antrag auf einfache Tagesordnung, unter Ausschließung der Discussion, gegen die Geschäftsordnung. Die §§ 50—53, in deren letzterem von der einfachen Tagesordnung und deren Folgen die Rede ist, handeln nur von der Debatte im Plenum des Hauses, nicht von der Behandlung der Sachen durch die Commissionen, und der § 53 disponirt ausdrücklich: „daß im Laufe derselben Discussion der einmal verworfene Antrag auf Tages-Ordnung nicht wiederholt werden solle“, woraus mit Grund gefolgert wird, daß er überhaupt nur während der Discussion im Hause eingebracht werden kann. Diese Auffassung wird durch die ganze Stellung der Commissionen nach der Geschäftsordnung bestätigt, indem deren Aufgabe nach § 22 nur ist: „die Gegenstände der Verhandlung zur Berathung, d. h. zur Discussion im Hause vorzubereiten“, mit welcher Aufgabe jede Tendenz auf Ausschließung der Discussion unvereinbar ist.

Aber eben so sehr, wenn nicht im höhern Grade, wie durch diese formellen Bedenken, wurden die Unterzeichneten durch materielle Erwägungen der erheblichsten Art abgehalten, sich für Ausschließung der Debatte über den v. Niegolewski'schen Antrag zu erklären.

Ueber das Schicksal des Antrags (Nro. 114 der Drucks.) der mit der Forderung der territorialen Einheit der getrennten ehemals polnischen Landestheile in seiner vollen Consequenz auf die Wiederherstellung des alten Polenreichs in den Grenzen von 1772 hinführt, was die Abtretung integrirender Theile des preußischen Staatsgebietes in sich schließen würde, konnte von vornherein kein Zweifel obwalten, da ihm, abgesehen von den Antrag-

stellern, die entschiedene und einmüthige Verwerfung im Hause gewiß war.

Aber eben, weil es sich bei den weitgreifenden Beziehungen des Antrags um mehr, als eine bloße innere Verfassungsfrage, um ernste, äußere Verwickelungen, um die nationale Idee handelt, welche in unsern Tagen so gewaltige Umgestaltungen in dem europäischen Staatensystem bewirkt hat, erschien eine eingehende Erörterung, welche allen Seiten der Frage gerecht wurde, schon durch die Würde des Hauses im gegenwärtigen Augenblicke geboten.

Sie erschien ferner geboten, mit Rücksicht auf die deutsche Bevölkerung der östlichen Landestheile, deren Rechtsbewußtsein und nationale Energie, der polnischen Bewegung gegenüber, durch die offene Darlegung einer Sachlage, in welcher alle rechtlichen, politischen und geschichtlichen Momente so klar und entschieden gegen den gestellten Antrag sprechen, wahrhaftig mehr belebt und gehoben worden wären, als durch einen solchen Uebergang zur Tagesordnung, dessen parlamentarische Pointe sich dem Verständniß der Meisten entzieht.

Endlich war sie geboten im Interesse unseres engeren preußischen sowohl, wie des großen deutschen Gesammtvaterlandes, indem es darauf ankam, ohne Rechte kränken zu wollen, welche der von Niegolewski'sche Antrag nicht berührt, die deutsche Seite der Frage gehörig hervorzuheben, da es sich um die Entfremdung von Landestheilen handelt, in welchen sich deutsches Leben und deutsche Cultur von alten Zeiten her eingebürgert und unter dem Schutze der preußischen Regierung die unbestreitbare Herrschaft gewonnen haben, deren Trennung von Preußen also eine Einbuße für ganz Deutschland sein würde. Berlin, den 22. April 1861.

Ancker. Behrend (Danzig). v. Forckenbeck. Gamradt. Gortzitza. Haebler. Housselle. Freiherr v. Hoverbeck. Krieger. Lietz. Dr. Morgen. Schulze (Berlin). Senff. Stephan. Taddel. Thiel. Dr. Waldeck.

* [Abgeordnetenhaus.] Ueber den Antrag des Abgeordneten Carlowitz und Genossen und des Abg. Behrend und Genossen, betreffend den Erlaß eines Gesetzes über die Minister-Verantwortlichkeit, stattet Namens der 15. Commission Hr. Dr. Gneist Bericht ab. Vor dem Eintritt in die Berathung empfing die Commission aus dem Munde des Justizministers die Erklärung, daß die Regierung des Art. 61 der Verf.-Urkunde nicht uneingedenk gewesen und sich mit den Vorarbeiten für das betreffende Gesetz bereits zu Zeiten des früheren Justizministers beschäftigt habe, aber gerade der Wechsel im Ministerium habe wie manche andere Verzögerung auch die zu Wege gebracht, daß das Minister-Verantwortlichkeitsgesetz kaum in dieser Session werde vorgelegt werden können. Die Regierung wünsche, daß ihr beide Anträge zur Benutzung bei den fortzusetzenden Berathungen überwiesen würden. In der Commission machten sich die Meinungs-Verschiedenheiten nach drei Hauptrichtungen hin geltend. Diejenigen, welche die Ablehnung beider Anträge wünschen, halten ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz nicht nur für unnöthig, sondern geradezu für schädlich; die Garantie gegen Verfassungs- und Gesetzverletzungen liege in dem Gewissen des Königs, das Gesetz sei also unnöthig; es beeinträchtige aber auch das moralische Prinzip und erzeuge einen Dualismus zwischen Regierung und Volk. Endlich aber müsse die Initiative in dieser Angelegenheit der Regierung überlassen bleiben. — Es wurde eine motivirte Tages-Ordnung vorgeschlagen: In Erwägung, daß die Regierung nach nach der von ihr abgegebenen Erklärung mit den Vorarbeiten zum Zweck der Ausführung des Art. 61 der Verf.-Urkunde beschäftigt ist und es angemessen scheint, ihr die Initiative zu lassen, geht u. s. w.

Diesen Ausführungen wurde entgegengehalten, daß der Erlaß eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes eine wahrhafte Ehrenschuld für das jetzige Ministerium sei; ohne ein solches Gesetz sei eine constitutionelle Verfassung etwas Unvollständiges, Illusorisches. Es handle sich hier um ein ideales Recht, das als solches einen hohen Werth habe. Das monarchische Prinzip werde aber keineswegs beeinträchtigt; der König sei und bleibe die unverantwortliche Macht, die durch die Verantwortlichkeit der Minister gedeckt werde und gerade weil bei uns das Verfassungsleben ein noch junges und unentwickeltes sei, bedürfe es der Stütze durch diese gesetzlich geordnete Verantwortlichkeit; übrigens aber handle es sich nur um eine juristische und keineswegs um eine politische Verantwortlichkeit. Diese Aufgabe hätte übrigens bei größerer Entschiedenheit des Ministeriums schon längst gelöst sein müssen und es seien doch Fälle vorgekommen, welche das Bedürfniß nach einem solchen Gesetze klar gelegt haben, wenn zu bestimmten Zwekken gewidmete Gelder z. B. anders verwendet, oder wenn Institute, wie eine neue Bergakademie, ohne vorherige Genehmigung des Landtags neu geschaffen werden. Gegenüber der bedeutenden Vermehrung der stehenden Armee müßten die Verfassungsgarantien gestärkt werden. II. Für den Behrend'schen Antrag und für das sofortige Eingehen in die Berathung des vorliegenden Entwurfes wurde geltend gemacht, daß, wenn man einmal darüber einig sei, der Art. 61 müsse zur Ausführung kommen, so sei auch der directe Weg der beste; er führe im Verlauf zu einer Diskussion im Hause, und diese müsse auch der Regierung willkommen sein. Die Initiative der Regierung überall, hieße eine nicht gebotene Rücksicht nehmen, von einer demokratischen Bewegung im Lande wisse man nichts, die Unsicherheit in den Gemüthern gehe aus der äußeren Lage hervor, und da die ganze Legislaturperiode arm an Resultaten gewesen, so müsse gezeigt werden, daß die Schuld nicht am Abgeordnetenhause liegt. III. Für den Antrag von Carlowitz auf den Erlaß einer Resolution wurde angeführt, daß ein solches Gesetz im Interesse der Krone wie des Landes liege. Indeß einen Gesetzentwurf einbringen, sei nicht rathsam; der würde noch weniger im Herrenhause durchgehen als ein von dem Ministerium vorgelegter — aber man müsse die Regierung an ihre Pflicht mahnen.

Bei der Abstimmung wurde die motivirte Tagesordnung mit 8 gegen 3, der Antrag Behrend mit 9 gegen 2 Stimmen abgelehnt; es blieb der Antrag Carlowitz, ein dazu gestelltes Amendement „unverzüglich und wo möglich noch in dieser Session" einzuschalten, wird ebenfalls mit 8 gegen 3 Stimmen abgelehnt, dagegen mit 7 gegen 4 Stimmen angenommen zu setzen: „in der nächsten Session" statt „im Laufe dieser Session". Die Resolution, welche die Commission dem Hause anempfiehlt, lautet nun: gegen die Regierung die Erwartung auszusprechen, daß sie in Ausführung des Artikels 61 der Verfassungs-Urkunde ein Gesetz, betreffend die Verantwortlichkeit der Minister, den beiden Häusern des Landtages in der nächsten Session vorlegen werde.

— Das „Dresdn. Journ." läßt sich von hier berichten, es bestätige sich, daß die preußische Regierung das nach Japan abgesandte Geschwader aus den ostasiatischen Gewässern zurückziehe. Diese Mittheilung entbehrt jeder Begründung. Jenes Geschwader soll erst aus jenen Gewässern zurückkehren, wenn es auch den Theil seiner Mission, der sich auf Siam und China bezieht, erfüllt haben wird.

Inowraclaw, 25. April. Von hier schreibt man der „Pos. Ztg.": „Als Beweis, daß es immer noch Geistliche giebt, welche zu der Ueberzeugung nicht gelangen können, daß Politik nicht in die Kirche gehöre, kann Folgendes dienen: Bei der neulichen Beisetzung des verstorbenen Herrn v. Zawadzki auf Sukowy hat in der Kirche zu Polanowitz der fungirende Geistliche Vikar L. aus Strzelno sich veranlaßt gesehen, eine politische Leichenrede zu halten, in welcher er u. A. die Zuhörer ermahnte, „wach zu sein, da der Zeitpunkt der Auferstehung Polens vielleicht nicht fern sei." Die jungen Polen tragen hier mit ziemlicher Ostentation die im Königreiche Polen so schwer verpönten Trauer-Zeichen. Das aber ist auch bei uns das einzige äußere Zeichen einer Theilnahme an der polnischen Agitation. Der in voriger Woche in Strzelno zum Gedächtniß der in Warschau Gefallenen abgehaltene Trauergottesdienst hat keine erhebliche Betheiligung gefunden.

Kiel, 23. April. Am Freitage voriger Woche waren hier eine große Menge holsteinischer Reservisten, die nach Kopenhagen eingeschifft werden sollten, anwesend. Man konnte glauben, ins Jahr 1848 zurückversetzt zu sein. Die Reservisten, vereint mit einigen Hundert Kielern, durchzogen unter dem Gesange „Schleswig-Holstein" die Straßen und brachten dem commandirenden General Schöller, so wie mehreren Dänisch-Gesinnten eine Katzenmusik. Die Polizei, so wie das Militär schritten nicht ein, vigilirten aber auf die in Masse dabei betheiligten Kieler, deren Namen sie notirten und die nach Abreise der Reservisten, welche Abends auf Dampfschiffen erfolgte, Einer nach dem Andern eingesteckt wurden.

Wien, 25. April. Dem Reichsrath werden im Ganzen vier jüdische Mitglieder angehören, drei davon, die Herren Kuranda und Wintersteiner von Wien und Parente von Triest dem Abgeordneten-, eines, nämlich der Baron Rothschild (auf Lebensdauer), dem Herrenhause.

Frankreich.

Paris, 26. April. Wie man vernimmt, ist der König von Neapel noch keineswegs gesonnen, sich durch die Ereignisse in der Ausübung seiner souveränen Rechte beirren zu lassen. Er hat sich in Rom eine Staatskanzlei eingerichtet, vermittelst welcher er den Anhängern seiner Rechte Pässe, Legalisationen ꝛc. ausfertigt. Vor kurzer Zeit haben einige Dominikcaner-Mönche, die sich nach der Insel Corsica begeben, sich ihre Pässe in dieser Kanzlei ausstellen lassen. — Hr. v. Segur-Dupeyron, französischer Consul in Warschau, hat die Weisung erhalten, in versöhnlichem Sinne auf die Führer der nationalen Bewegung einzuwirken und ihnen zu einer Annäherung an Rußland seine Vermittelung anzutragen.

— Nach Privatbriefen aus Turin versammelten sich nach der Versöhnung Garibaldis mit Cavour und Cialdini diese Personen, so wie die Generale Fanti, Lamarmora, Durando, Cosenz und Bixio und der noch kranke Ratazzi im Cabinette des Krieges, um Aufschlüsse über die Rüstungen zu erhalten. Die gegebene Auskunft soll den Anwesenden genügend erschienen sein. Noch am nämlichen Abende reisten Bixio nach Mondovi und Sirtori nach Ivrea ab, wo sich die Depots der Freiwilligen befinden. Der General Medici bleibt in Turin, um Fanti in der Organisation der Cadres der Freiwilligen zu unterstützen. Cosenz geht nächsten Montag nach Bologna und von dort nach Neapel, während Türr provisorisch in Mailand bleibt. Derselbe lehnt nämlich Angesichts der ungarischen Eventualitäten ein jedes regelmäßige Commando ab.

Paris, 25. April. Ueber die Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses am 22. d., in welcher die Niegolewski'sche Motion zur Sprache kam, hat sich der „Moniteur" besonders Bericht erstatten lassen, den er heute mittheilt. Die Erklärung Schwerins, daß die Regierung jede Uebertretung des Gesetzes, möge sie mit Worten oder mit den Waffen in der Hand geschehen, mit aller Entschiedenheit zu jeder Zeit zurückzuweisen wissen werde, wird in diesem Berichte mit folgenden Worten wiedergegeben: „die Regierung werde der polnischen Agitation im Großherzogthum Posen die Spitze zu bieten und sie nöthigenfalls niederzudrücken wissen, möge sie sich in friedlicher Gestalt oder mit den Waffen in der Hand zeigen." Schließlich macht der Bericht darauf ausdrücklich aufmerksam, daß, wenn die Vertreter der entschiedenen demokratischen Partei zwar mit den Polen gegen die einfache Tagesordnung gestimmt, sie dies aber nicht aus Gunst für die Niegolewski'sche Motion, sondern gerade umgekehrt nur deshalb gethan hätten, weil sie eine durch das Interesse der deutschen Nationalität in Posen motivirte Tagesordnung hätten haben wollen.

— Aus Marseille wird gemeldet, daß die Aufführung der Oper Charles VI., die in Bordeaux so bedenklichen Beifall gefunden, auf höheren Befehl untersagt worden sei.

Paris, 25. April. Der heute in dem Ministerium des Auswärtigen eröffnete Bazar zum Besten der syrischen Wittwen und Waisen wurde von einem zahlreichen und vornehmen Publikum besucht und machte sehr gute Geschäfte. Die ersten Damen der offiziellen Welt, wie die Gräfin Walewska ꝛc., halten in kleinen geschmackvollen Buden, die in den Sälen und Gärten aufgeschlagen sind, ihre Artikel feil. — Es heißt, Peter Bonaparte, der auch eine Antwort auf die Broschüre Aumales mit der Unterschrift Un vieux troupier geschrieben hat, habe sich nach London begeben. — Herr v. Persigny hat ein Rundschreiben an die Präfecten erlassen, um sie zur Beaufsichtigung der Departemental-Presse, namentlich in Bezug auf die Polen und die polnischen Angelegenheiten, aufzufordern. — Marschall Niel soll in außerordentlicher Mission sich nach Petersburg begeben. — Die englische Flotte ist vor Beyrut angelangt. Gleich nach ihrer Ankunft begab sich der Admiral derselben in Begleitung des englischen Consuls dieser Stadt nach den Bergen. Angeblich sind sie mit der Mission betraut, Alles aufzubieten, damit nach dem Abzug der Franzosen sich die früheren Scenen nicht mehr erneuern. — Sicherem Vernehmen nach soll Fould wieder das Staats-Ministerium übernehmen.

Italien.

Turin, 27. April. (K. Z.) Die Deputirten-Kammer hat gestern die Verlängerung der Dienstzeit der mobilen Nationalgarden um drei Monate zum Beschlusse erhoben.

Der „Opinione" zufolge haben Fürst Kusa und der Bey von Tunis das Königreich Italien anerkannt.

— Die „Independance Belge" glaubt denjenigen Monarchen, welche das Königreich Italien anerkannt haben, auch den König Otto beigesellen zu können. Das belgische Blatt fügt hinzu, als baierischer Prinz sei der König von Griechenland zwar wenig geneigt gewesen, die neue Ordnung der Dinge in Italien anzuerkennen, indeß er habe als constitutioneller König sich einzigt und allein von der Stimmung der öffentlichen Meinung und nich von seinen persönlichen Gefühlen leiten lassen.

— Der „Espero" meldet die Abreise der Königin von Neapel von Rom; sie begiebt sich vorerst nach München, General Bosco, welcher sie bis Triest begleitet, wird dem General Benedek einen Besuch abstatten.

— Garibaldis Antwort auf den Brief Cialdinis lautet nach dem Texte der „Monarchia Nazionale" vom 24. d. folgendermaßen:

General! Auch ich war Ihr Freund und der Bewunderer Ihrer Kriegsthaten. Wie die Sache jetzt steht, werde ich sein, was Sie wollen, da ich mich sicher nicht dazu herablassen werde, mich über alles das zu rechtfertigen, was Sie mir in Ihrem Briefe als verletzend gegen den König und gegen das Heer zu Last legen, da ich als italienischer Soldat und Bürger in meinem Gewissen mich beruhigt fühle. Was meine Art und Weise, mich zu kleiden, anbelangt, so werde ich dieselbe so lange beibehalten, bis mir bemerklich gemacht wird, ich sei nicht mehr in einem freien Lande, wo Jeder sich kleidet, wie es ihm gut dünkt. Die Worte des Obersten Tripotti sind mir neu. Ich weiß nur von Einem Befehle, den ich ertheilte, nämlich: „die italienischen Soldaten der Nordarmee wie Brüder zu empfangen", während es bekannt war, daß „diese Armee kam, um die in Garibaldi personificirte Revolution zu bekämpfen." (Worte Farinis an Napoleon III.) Als Abgeordneter habe ich, wie ich glaube, der Kammer nur einen sehr kleinen Theil der Unbilden, welche der Südarmee vom Ministerium zugefügt wurden, auseinandergesetzt, — und ich glaube, ich habe ein Recht dazu. Die italienische Armee wird in ihren Reihen einen Soldaten mehr vorfinden, wenn es gilt, Italiens Feinde zu bekämpfen — und dies wird Ihnen nicht neu erscheinen. Alles, was Ihnen, als hätte ich etwas gegen die Armee geäußert, hinterbracht worden, ist Verleumdung. Wir befanden uns am Volturno am Abende des glänzendsten von allen Siegen, die wir in Süd-Italien vor Ihrer Ankunft errungen, in nichts weniger als schlimmen Verhältnissen. So viel ich weiß, hat die Armee den so freimüthigen, wie gemäßigten Worten eines Soldaten, der Abgeordneter ist, und für den die italienische Ehre der Cultus seines Lebens war, Beifall zugerufen. Wenn in der Folge sich Jemand über meine Handlungsweise verletzt findet, so werde ich, indem ich in meinem Namen allein spreche und Bürge für meine Worte bleibe, erklären, daß ich ruhig erwarte, daß man Genugthuung von mir fordere. Turin, 22. April 1861.

G. Garibaldi.

Spanien.

— Aus Madrid, 24. April, wird telegraphirt: „Die „Correspondencia" zeigt an, daß der General-Adjutant von Cuba am 26. März abgereist ist. Er überbringt die Bedingungen, unter welchen die Wiedereinverleibung von San Domingo mit Spanien stattfinden soll.

Rußland und Polen.

— Nach einer Warschauer Correspondenz des „Dresd. Journ." soll sich der Fürst-Statthalter vor Kurzem dahin geäußert haben, daß er sich nach glücklicher Pacificirung des Königreichs gänzlich ins Privatleben zurückzuziehen gedenke. — Alle Trauerabzeichen werden mit größter Strenge verfolgt. Niemand darf ohne eine eigens von der Behörde ausgestellte Karte auf der Straße in Trauer erscheinen. Folgendes ist der wörtliche Inhalt der Karte, welche der englische Consul, um die vorschriftsmäßige Trauer wegen des Todes der Herzogin von Kent tragen zu können, sich ausstellen lassen mußte:

Der Vorzeiger des Gegenwärtigen, Herr N., kann Trauerkleider und einen Anzug von beliebigem Zuschnitt tragen. Der commandirende General der activen Armee giebt allen Patrouillen und Militärbehörden Befehl, ihn gegen Vorzeigung dieser Karte frei circuliren zu lassen.

Zabolotskoi.

Türkei.

Konstantinopel, 26. April. (K. Z.) Es herrscht hier eine Handelskrisis. Noch 8000 Soldaten sollen nach Syrien abgehen. Die Depeschen aus der Herzegowina lauten günstig. Omer und noch drei andere Paschas werden in der nächsten Woche abreisen. 38 Bataillone werden nach dem Schauplatze der Unruhen entsandt.

Mannigfaltiges.

— München geht einer neuen Bierkrisis entgegen. Mit dem 1. Mai soll nämlich der Sommertarif und damit eine Preiserhöhnng von 7 auf 9 Kreuzer per Maas ins Leben treten. Ein solcher Preis wurde in München noch nicht erlebt. Um der schon jetzt laut werdenden Mißstimmung vorzubeugen, einigten sich die Brauer zu der Concession, daß sie auf den Schenkpreis von 2 Pfennigen per Maas verzichten wollen, jedoch unter der Bedingung, daß der Magistrat ein gleiches Opfer bringe und den Localaufschlag von 2 Pfennigen per Maas nachlasse, so daß das Maas Sommerbier nicht 9, sondern nur 8 Kreuzer kosten würde. Der Magistrat hat jedoch in öffentlicher Sitzung vom 14. d. den Antrag der Brauer einstimmig abgelehnt.

— In Gotha findet in den Tagen vom 8.—11. Juli d. J. ein deutsches Schützenfest statt, mit welchem ein von den Thüringer Turnvereinen beschlossener Thüringer Turnertag verbunden werden wird. Anmeldungen werden frühzeitig beim nächsten Schüzzenvereine oder beim Festausschusse erbeten, der zu zahlende Beitrag ist auf 1 Thlr. festgestellt worden. Die Uebersendung von Ehren- und Festgaben ist bis spätestens zum 20. Juni zu bewirken.

Wolle.

Berlin, 27. April. (B.- u. H.-Z.) Es wurde in dieser Woche hier wieder viel Wolle, besonders Kammwolle verkauft. Wir schätzen den Umsatz auf circa 1500 Ctr. Mehrere Kämmer sind noch im Markte und dürften, nach Beendigung deren Einkäufe, gute Kammwollen ziemlich geräumt sein. Preise waren dieselben wie vorige Woche. — Im Contractgeschäft herrscht anhaltend Stille.

Verantwortlicher Redacteur: Heinr. Rickert in Danzig.

(Eingesandt.)

Es hat sich in letzter Zeit in unserer Stadt die Meinung verbreitet, daß die auf den Schiffswerften arbeitenden hiesigen Zimmerleute nicht mit fremden Zimmerleuten zusammen arbeiten wollen. Dieser Behauptung muß widersprochen werden. Die hiesigen, auf den Werften arbeitenden Schiffs- und Hauszimmerleute haben eine derartige Weigerung nie ausgesprochen und eben so wenig zur Ausführung gebracht. Vielmehr sind viele verheirathete Schiffs- und Hauszimmergesellen sogar mit ihren Familien aus andern Ostseestädten in unsere Stadt gezogen, und noch täglich kommen solche theils verheirathete, theils unverheirathete Einwanderer hier an, um Arbeit zu suchen, die sie auch gewöhnlich finden. — Ein Mangel an Zimmerleuten ist in Danzig nicht vorhanden, und dessen ungeachtet geht der Schiffsbau auf unserer Königlichen Marinewerft nur langsam von Statten, was seinen Grund darin haben soll, daß die hiesige Königl. Schiffsbau-Direction auf höheren Befehl grundsätzlich deshalb keine „Danziger" Zimmerleute weiter in Arbeit nimmt, um dem Fortgange der Privat-Schiffsbauten keinen Abbruch zu thun. Wenn dieses Prinzip wirklich consequent durchgeführt wird, entstehen allerdings hierdurch die Uebelstände, daß der Königl. Schiffsbau wegen Mangels an Arbeitern langsamer vorschreitet, als es nothwendig ist, und daß die hiesigen Zimmerleute von den Königl. Arbeiten ausgeschlossen werden. Die unterzeichneten Interessenten bitten auf diesem öffentlichen Wege um gefällige Auskunft über die desfallsige von der höchsten Marinebehörde ergangene Bestimmung und deren Anwendung.

Mehrere bis jetzt noch unbeschäftigte Zimmergesellen.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.